Lohnsteuer

Wagner

2023 ISBN 978-3-406-71952-3 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Wagner Lohnsteuer





Lohnsteuer

Steuerrecht • Arbeitsrecht Sozialversicherungsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dieter Birk †

em. o. Professor an der Universität Münster, Rechtsanwalt und Steuerberater in Berlin

Dr. Michael Myßen

Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen in Berlin

Dr. Ralf Seidel

Vorsitzender Richter am Finanzgericht München

Dr. Klaus J. Wagner

Präsident des Finanzgerichts Düsseldorf, Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf





Zitiervorschlag: Wagner Lohnsteuer/Verfasser A Rn. 1



www.beck.de

ISBN 978-3-406-71952-3

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Satz: Druckerei C.H. Beck Nördlingen Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Verfasser

Tobias Berdesinski	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Hamburg
Prof. Dr. Dieter Birk †	em. o. Professor an der Universität Münster, Rechtsanwalt, Steuerberater, Berlin
Lorena Joana Echarri	Rechtsanwältin, DiplVerww., München
Dr. Jan Haselmann, LL. M.	Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Peter Haversath, LL. M., MLE	Richter am Finanzgericht Münster
Prof. Dr. Stefan Holzner, LL. M	Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg
Prof. Dr. David Hummel	Referent am Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg, Professor an der Universität Leipzig
Maximiliane Kempermann	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Köln
Dr. Barbara Koch-Schulte	Rechtsanwältin, Steuerberaterin, München
Timo Lemm	Dipl. Finanzwirt, Voerde
Thomas Muschiol Dr. Michael Myßen	Rechtsanwalt, Freiburg Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen in Berlin
Vitali Parenko Gilles Querbach	Dipl. Finanzwirt, Düsseldorf Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht
Raphael Schuster	Dipl. Finanzwirt, Bayerisches Landesamt für Steuern München
Dr. Ralf Seidel	Vorsitzender Richter am Finanzgericht München
Prof. Dr. Michael Szczesny	Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg
Dr. Klaus J. Wagner	Präsident des Finanzgerichts Düsseldorf, Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Gudrun Wagner-Jung	Dipl. Finanzwirtin, Hessisches Ministerium der Finanzen in Wiesbaden

Im Einzelnen haben bearbeitet

Tobias Berdesinski	N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung (I.)
Prof. Dr. Dieter Birk †	C. Lohnsteuerpflicht (I., mit Wagner)
Lorena Joana Echarri	P. Mitarbeiter- und Managementbeteiligungen, mit Koch-Schulte
Dr. Jan Haselmann, LL. M.	L. Auskünfte und Zusagen im Lohnsteuerrecht, R. Rechtsschutz
Dr. Peter Haversath, LL. M., MLE	E. Arbeitslohn inkl. steuerfreier Werbungskostenersatz, F. Steuerfreiheit von Arbeitslohn, I. Pauschalierung der Lohnsteuer
Prof. Dr. Stefan Holzner, LL. M	J. Vermögenswirksame Leistungen, O. Veranlagung der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer
Prof. Dr. David Hummel	A. Einführung, C. Lohnsteuerpflicht (II.)
Maximiliane Kempermann	D. Arbeitsverhältnis
Dr. Barbara Koch-Schulte	P. Mitarbeiter- und Managementbeteiligungen, mit Echarri
Timo Lemm DIE FAC Thomas Muschiol	M. Lohnsteuer-Außenprüfung und Lohnsteuer-Nachschau, Q. Internationale Arbeitnehmerbesteuerung (IIV., V. Länderteil: Dänemark, Großbritannien, Italien, Norwegen, Spanien, USA) S. Sozialversicherungsrechtliche Aufgaben und Pflichten des Arbeitgebers
Dr. Michael Myßen	N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung (II., mit Wagner-Jung)
Vitali Parenko	Q. Internationale Arbeitnehmerbesteuerung (IIV., V. Länderteil: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Polen, Schweiz)
Gilles Querbach	K. Haftung für Lohnsteuer
Raphael Schuster	Q. Internationale Arbeitnehmerbesteuerung (V. Länderteil: China, Japan, Neuseeland, Österreich, Russland, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Zypern)
Dr. Ralf Seidel	H. Lohnsteuerverfahren
Prof. Dr. Michael Szczesny	N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung (III.)
Dr. Klaus J. Wagner	B. ABC der Lohnsteuer, C. Lohnsteuerpflicht (I., mit Birk), G. Werbungskosten
Gudrun Wagner-Jung	$N.$ Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung (II., \min Myßen)

Vorwort

Wir Herausgeber sowie Autorinnen und Autoren freuen uns sehr, dass wir Ihnen mit dem gedruckten "Wagner, Lohnsteuer" jetzt neben der Online-Version, die schon seit einigen Monaten bei Beck-Online im Netz verfügbar ist, nun auch ein echtes Handbuch, ein Nachschlagewerk und "Lesebuch" für die vielen Fragen rund um die **Beschäftigung und die Entlohnung nichtselbständig Beschäftigter** zur Verfügung stellen können.

Ein Ziel des Handbuchs ist es, Arbeitgebern und Beratern auf lohnsteuerlichem Gebiet insbesondere aufgrund der Umstellung des Lohnsteuerverfahrens, die mit dem Jahressteuergesetz 2010 in die erste Runde ging und nach nunmehr zehn Jahren mit dem Jahressteuergesetz 2020 im Wesentlichen abgeschlossen ist, einen praktischen Leitfaden für die Bewältigung der Herausforderungen durch das Regelungsgeflecht zu bieten und dem Praktiker Hilfestellung bei manchen Fragen der Arbeitnehmer zu geben. Inhaltlich geht es uns jedoch nicht allein um die steuerrechtlichen Grundfragen der Besteuerung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Angesprochen sind auch die regelmäßig mit einer Beschäftigung unabdingbar verbundenen und ebenso praxisrelevanten Fragen nach den sozialversicherungsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Folgen. Die Verknüpfung der verschiedenen Rechtsmaterien wird besonders deutlich bei der betrieblichen Altersversorgung, aber auch bei den ebenfalls neu hinzugekommenen Themenkomplexen der Mitarbeiterund Managementbeteiligung, der vermögenswirksamen Leistungen sowie der grenzüberschreitenden Beschäftigung.

Unser Werk kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Das Buch, ebenso wie die Online-Version, geht zurück auf den Heuermann/Wagner, Lohnsteuer. Diesen Namen hat das Werk, damals ausschließlich als Loseblatt-Werk, seit 1998 getragen. Insoweit sei an dieser Stelle Dank gesagt an den langjährigen Mitherausgeber, den inzwischen in Ruhestand getretenen Vorsitzenden Richter am Bundesfinanzhof, Herrn *Prof. Dr. Bernd Heuermann*. Bis 1998 war das Werk jahrzehntelang als "Oeftering/Görbing" bekannt.

Mit der Erweiterung des Werkes ist auch die Vielzahl der Autoren und der Herausgeber gewachsen. Nunmehr sorgen 19 Autoren aus den unterschiedlichsten Praxisfeldern für die Aktualität des Werkes. Großen Anteil an der Neukonzeption und den Übergang des Handbuchs hatte als Mitherausgeber Herr *Prof. Dr. Dieter Birk* (em. o. Professor an der Universität Münster, Rechtsanwalt und Steuerberater), der die schwierige Umbruchphase maßgeblich geleitet und gestaltet hat. Leider kann er das Erscheinen des Werkes nicht mehr mitfeiern, da er viel zu früh aus seiner Schaffenskraft gerissen wurde. Mit seinem Tod hat die Steuerrechtswelt eine ihrer besonders herausragenden Persönlichkeiten verloren.

Zu Dank verpflichtet sind wir dem Verlag für die Geduld und das Engagement bei der Erstellung des Werkes und die Aufnahme in die "blaue Reihe". Hervorheben möchten wir vor allem unsere Lektorin Frau Oriele Billoni-Zehelein, die sich voller Elan der Neuerscheinung gewidmet hat, aber auch Herrn Dr. Thomas Aichberger, der uns im Verlag immer alle erforderliche Unterstützung hat zukommen lassen. Dank gebührt aber auch Frau Elisabeth Weber-Neumann, die das Werk und die Autoren über viele Jahre begleitet und sich unermüdlich und engagiert für "ihren" Heuermann/Wagner eingesetzt hat. Auch sie hat sich inzwischen in den Ruhestand verabschiedet.

Zum Schluss möchten wir aus dem Geleitwort aus der Umstellungslieferung vom "Oeftering/Görbing" zum "Heuermann/Wagner" aus dem Jahr 1998 zitieren:

"Wir hoffen, dass unser neues "altes" Werk dem Anspruch gerecht wird, ein nützliches Hilfsmittel nicht nur für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Lohn- und Steuerabteilungen der Unternehmen, der Finanzverwaltungen, für Richter und Richterinnen und die Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe zu sein, sondern auch dem interessierten Steuerzahler ein Einblick in die Fragen des

Vorwort

Lohnsteuerrechts gegeben wird. Um diesem Anspruch auf Dauer entsprechen zu können, sind wir für Hinweise und Anregungen unserer Leser stets dankbar."

An diesem Anspruch möchten wir auch für die Zukunft festhalten und hoffen sehr, dass das Werk auf Ihre Zustimmung stößt und einen festen Platz als "Ratgeber" oder "Problemlöser" findet.

München, im September 2022

Dr. Klaus J. Wagner Dr. Michael Myßen Dr. Ralf Seidel



Inhaltsübersicht

Verfasser Im Einzelnen haben bearbeitet Vorwort Inhaltsverzeichnis Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	V VI VII XI LIII
Übersicht über Zahlen zur Lohnsteuer	LXXIV
A. Einführung	1
B. ABC der Lohnsteuer	28
C. Lohnsteuerpflicht	66
D. Arbeitsverhältnis	103
E. Arbeitslohn inkl. steuerfreier Werbungskostenersatz	134
F. Steuerfreiheit von Arbeitslohn	209
G. Werbungskosten	267
H. Lohnsteuerverfahren (§§ 38 ff. EStG)	431
I. Pauschalierung der Lohnsteuer	498
J. Vermögenswirksame Leistungen	521
K. Haftung der Lohnsteuer	544
L. Auskünfte und Zusagen im Lohnsteuerrecht	602
M. Lohnsteuer-Außenprüfung und Lohnsteuer-Nachschau	622
N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung	657
O. Veranlagung der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer	836
P. Mitarbeiter- und Managementbeteiligungen	853
Q. Internationale Arbeitnehmerbesteuerung	976
R. Rechtsschutz	1173
$S.Sozial versicher ung srechtliche Aufgaben und Pflichten des Arbeitgebers \ \ . \ .$	1208
Sachregister	1269



Vorwort	VII
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	LIII
Übersicht über Zahlen zur Lohnsteuer 2020–2022	LXXIV
A. Einführung	1
I. Geschichte des Lohnsteuerverfahrens	1
II. Der Arbeitnehmer als Steuerschuldner der Lohnsteuer (§ 38 Abs. 2 EStG)	3
III. Der Arbeitgeber als Entrichtungspflichtiger (§ 38 Abs. 3 EStG, § 42d EStG)	4
1. Allgemeines zur Arbeitgeberhaftung	4
2. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine Arbeitgeberhaftung	6
3. Die Stellung des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzug	8
a) Die Funktion des Arbeitgebers	8
b) Umfang der Haftung	8
4. Zur Technik des Lohnsteuerverfahrens: Anwendung der	
elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale	11
5. Bezüge zum Dienstrecht	12
a) Dienstrechtliche Pflichten im Lohnsteuerabzugsverfahren?	12
b) Die Lohnklage	14
c) Der Zinsanspruch	14
d) Die Erfüllungswirkung des Lohnsteuereinbehalts	15
e) Der Schadensersatzanspruch bei rechtswidrigem	
Lohnsteuereinbehalt	16
IV. Der Arbeitgeber als Steuerschuldner (§§ 40, 40a, 40b EStG)	16
1. Allgemeines zum Pauschalierungsverfahren	16
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen der pauschalen Lohnsteuer	17
3. Sinn und Zweck der Pauschalierung	18
4. Wahlrecht des Arbeitgebers	19
5. Entstehungszeitpunkt und Erhebung durch Steuerbescheid	19
6. Rücknahme der Pauschalierungsentscheidung	20
7. Übernahmeerklärung	21
8. Verfassungsrechtliche Zweifel	21
9. Abgeltungswirkung	22
10. Sachbezüge	23
11. Stellung der Pauschalierung im Lohnsteuerverfahren	24
12. Das Verhältnis von Pauschalierungs- und Haftungsverfahren	25
13. Beteiligung des Arbeitnehmers?	26
B. ABC der Lohnsteuer	28
I. Übersicht zu den speziellen ABCs	28
II. Buchstabe A	28
III. Buchstabe B	34
IV. Buchstabe C	37
V. Buchstabe D	37
VI. Buchstabe E	38
VII. Buchstabe F	41
VIII. Buchstabe G	42
IX. Buchstabe H	44
X Buchstabe I	47

XI. Buchstabe J
XII. Buchstabe K
XIII. Buchstabe L
XIV. Buchstabe M
XV. Buchstabe N
XVI. Buchstabe O
XVII. Buchstabe P
XVIII. Buchstabe Q
XIX. Buchstabe R
XX. Buchstabe S
XXI. Buchstabe T
XXII. Buchstabe U
XXIII. Buchstabe V
XXIV. Buchstabe W
XXV. Buchstabe X
XXVI. Buchstabe Y
XXVII. Buchstabe Z
C. Lohnsteuerpflicht
I. Einkommensteuerpflicht als Grundlage des (Lohn-)Steueranspruchs
1. Unbeschränkte Einkommensteuerpflicht, § 1 Abs. 1 EStG
a) Voraussetzungen der unbeschränkten Steuerpflicht
aa) Natürliche Person
bb) Inland
cc) Wohnsitz
(1) Wohnung
(2) Beibehalten und Benutzen
dd) Gewöhnlicher Aufenthalt
(1) Nicht nur vorübergehendes Verweilen (§ 9 S. 1 AO)
(2) Sechsmonatiger Aufenthalt (§ 9 S. 2 AO)
(3) Jahresfrist nach § 9 S. 3 AOb) Rechtsfolgen der unbeschränkten Steuerpflicht
b) Rechtsfolgen der unbeschränkten Steuerpflicht
c) Ausnahmen von der unbeschränkten Steuerpflicht
aa) Diplomaten und Konsularbeamte
bb) NATO- Truppenstatut
cc) Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen in der EU
dd) UNO-Bedienstete
2. Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht, § 1 Abs. 2 EStG
a) Voraussetzungen der erweiterten unbeschränkten Steuerpflicht
b) Erweiterung auf Angehörige
3. Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht, § 1 Abs. 3 EStG
a) Voraussetzungen der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht
b) Rechtsfolgen der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht nach § 1
Abs. 3 EStG
c) Zusätzliche Vergünstigungen nach § 1a EStG
aa) Vergünstigungen des § 1a Abs. 1 EStG
bb) Vergünstigungen des § 1a Abs. 2 EStG
4. Beschränkte Steuerpflicht, § 1 Abs. 4 EStG
a) Voraussetzungen der beschränkten Steuerpflicht
aa) Im Inland ausgeübte oder verwertete Tätigkeiten, § 49 Abs. 1
Nr. 4 Buchst. a EStG
bb) Ersatztatbestände, § 49 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b–e EStG
b) Rechtsfolgen der beschränkten Steuerpflicht

c) Erlass oder Pauschalierung bei beschränkter Steuerpflicht, § 50	
Abs. 4 EStG	92
5. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht, § 2 AStG	93
a) Voraussetzungen der erweitert beschränkten Steuerpflicht	93
b) Rechtsfolgen der erweitert beschränkten Steuerpflicht	94
6. Wechsel der Steuerpflicht	94
II. Grundtatbestand des Lohnsteueranspruchs	95
1. Allgemeines zu § 38 EStG als Grundtatbestand	95
2. Zum Lohnsteuerabzug verpflichtete Personen (Abs. 1)	97
3. Steuerschuldner und Entstehung der Lohnsteuer (Abs. 2)	98
4. Einbehaltungspflicht (Abs. 3)	98
5. Lohnsteuerabzugspflicht Dritter und Übertragung	
lohnsteuerrechtlicher Pflichten auf Dritte (Abs. 3a)	101
6. Lohnsteuerabzug bei fehlenden Barmitteln und bei von Dritten	
gewährten Bezügen (Abs. 4)	102
	4.02
D. Arbeitsverhältnis	103
I. Das Arbeitsverhältnis in der Rechtsordnung	103
1. Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften	104
2. Ausstrahlung der Grundrechte	104
3. Gestaltung durch europäisches Gemeinschaftsrecht	105
4. Gestaltung durch Tarifverträge	105
5. Gestaltung durch Betriebsvereinbarungen	107 108
II. Der Arbeitsvertrag	108
a) Ausbildung	109
	110
b) Leiharbeit	110
d) Teilzeit	111
	111
e) Faktisches Arbeitsverhältnis 2. Abgrenzung zum Dienstvertrag 3. Abgrenzung zum Werkvertrag	112
3. Abgrenzing zim Werkvertrag	113
III. Die Protagonisten des Arbeitsverhältnisses	114
1. Der Arbeitgeber	114
a) Abgrenzung zum Betrieb	114
b) Abgrenzung zum Unternehmer/zum Unternehmen	115
c) Abgrenzung zum Konzern	115
d) Kollektivarbeitsrechtlicher Arbeitgeberbegriff	116
e) Abgrenzung zum Begriff des wirtschaftlichen Arbeitgebers	116
f) Europarechtlicher Arbeitgeberbegriff	116
g) Arbeitgeber in Matrixstrukturen	117
h) Arbeitgeber im Leiharbeitsverhältnis	118
i) Arbeitsverhältnis mit mehreren Arbeitgebern	118
2. Der Arbeitnehmer	119
a) Abgrenzung zum steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriff	119
aa) Schulden der Arbeitskraft	121
bb) Persönliche Abhängigkeit	121
cc) Fehlendes Unternehmerrisiko	122
b) Abgrenzung zum sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	124
c) Organmitglieder als Arbeitnehmer	124
d) Gesellschafter als Arbeitnehmer	126
e) Angehörigenverträge	127
IV. Grundlegende Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	128

1. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	128
a) Lohnzahlungspflicht	129
b) Fürsorgepflichten	131
c) Gleichbehandlungspflicht	132
d) Beschäftigungspflicht	132
e) Steuerliche Arbeitgeberpflichten	132
	133
2. Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers	
a) Arbeitspflicht	133
b) Sonstige Handlungs- und Unterlassungspflichten	133
E. Arbeitslohn inkl. steuerfreier Werbungskostenersatz	134
I. Begriff des Arbeitslohns	135
1. Allgemeines	135
	136
2. Beispiele für Arbeitslohn in Normtexten	
3. Elemente des Arbeitslohnbegriffs	137
II. Veranlassung durch das Arbeitsverhältnis	137
1. Bedeutung des Merkmals	137
2. Zuwendungen von dritter Seite	138
a) Allgemeines	138
b) Unterbrechungen des Veranlassungszusammenhangs	139
c) Besonderheiten im Lohnsteuerverfahren	140
3. Vorrangige Sonder(rechts)beziehungen	140
a) Allgemeines	140
b) Mietverhältnisse	142
c) Darlehensverhältnisse	142
d) Mitarbeiterbeteiligungen	143
e) Schadensersatz	143
f) Insbesondere Ehegatten- und Angehörigenverträge	144
aa) Hintergrund und personelle Reichweite der Fallgruppe	144
bb) Coundesites des Eremetrereleiche	145
M. C. al. List a Weitspier	147
bb) Grundsätze des Fremdvergleichs	147
(1) Vertragsschluss	
(2) Vertragsinhalt (Fremdüblichkeit im engeren Sinn)	148
(a) Art der Tätigkeit	148
(b) Art der Entlohnung	149
(c) Höhe der Entlohnung	149
(d) Sonstige Arbeitsbedingungen	150
(3) Vertragsdurchführung	151
dd) Rechtsfolge fehlender Fremdüblichkeit	152
4. Vorrangiges eigenbetriebliches Interesse	152
a) Allgemeines	152
b) Personalrabatte	154
c) Betriebsveranstaltungen	154
d) Maßnahmen zur Gesundheitsförderung	156
e) Fortbildungsmaßnahmen	157
f) Reisen	157
aa) Allgemeines	157
bb) Einzelne Arten beruflich veranlasster Reisen	158
cc) Aufteilung	159
g) Fahrzeuggestellung	160
h) Annehmlichkeiten, Aufmerksamkeiten, Arbeitsbedingungen	161
i) Überlassung von Sportgeräten und -anlagen	161
j) Innerbetriebliche Verlosungen	162

k) Individuelle Beratung/Outplacementberatung	163
5. Eigenmächtiges Handeln des Arbeitnehmers	163
6. Veranlassung durch ein zukünftiges Arbeitsverhältnis	164
III. Bereicherung des Arbeitnehmers	164
1. Bedeutung des Merkmals	164
2. Insbesondere: Auslagen- und Werbungskostenersatz	165
3. Einzelfälle	166
a) Pauschaler Ersatz von Auslagen	166
b) Ersatz von Telekommunikationsaufwendungen	167
c) Verzehraufwendungen	167
d) Nutzung von Werkzeugen	168
e) Arbeitszimmer	168
f) Berufskleidung	168
g) Schadensersatz	169
h) Arbeitsbedingungen	170
i) Bewirtungen	170
IV. Zufluss des Vorteils	172
1. Bedeutung und Inhalt des Merkmals	172
2. Lohnverwendungsabreden, Arbeitslohnspenden, Gehaltsverzicht	173
3. Nutzungsrecht als Sachzuwendung	174
4. Zukunftssicherung der Arbeitnehmer	174
a) Versorgungs-/Pensionszusagen	176
b) Zuwendungen an Pensionskassen oder -fonds	176
c) Beiträge zu Direktversicherungen	177
d) Beiträge zu Unfallversicherungen	178
5. Mitarbeiterbeteiligungen	179
V. Besonders zu bewertende Vorteile und Zuwendungen	181
1. Bedeutung des Merkmals	181
2. Abgrenzung von Bar- und Sachlohn	181
	182
3. Überlassung von Kraftfahrzeugen	182
aa) Privatnutzung eines betrieblichen Fahrzeugs	183
bb) Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte	184
cc) Familienheimfahrten	185
dd) Ermittlung des Listenpreises	185
ee) Nutzung durch mehrere Arbeitnehmer, Mehrzahl von	105
Fahrzeugen	186
ff) Kostendeckelung	186
gg) Zuzahlungen und Eigenanteile des Arbeitnehmers	187
hh) Nicht von der 1 %-Regelung abgedeckte Vorteile	187
b) Fahrtenbuchmethode	187
c) Besonderheiten für Hybrid- und Elektroautos	189
4. Überlassung von Waren und Dienstleistungen	190
a) Waren und Dienstleistungen, die der Arbeitgeber überwiegend für	170
die eigenen Arbeitnehmer herstellt, vertreibt oder erbringt (§ 8	
Abs. 2 EStG)	191
b) Waren und Dienstleistungen, die überwiegend an	171
Letztverbraucher abgegeben werden (§ 8 Abs. 3 EStG)	193
c) Pauschalierung der Lohnsteuer auf Vorteile aus der Überlassung	1/3
von Waren und Dienstleistungen	195
d) Wohnraumleistungen (§ 8 Abs. 2 S. 12 EStG)	196
5. Mitarbeiterbeteiligungen	196
VI. Steuerermäßigter Arbeitslohn	196
vi. oteuereiiiddigtei /hideitsidiii	17/

1. Allgemeines	197
2. Vorliegen außerordentlicher Einkünfte	197
a) Entschädigungen (Abfindungen)	197
b) Vergütungen für mehrjährige Tätigkeiten	199
3. Voraussetzungen der Tarifermäßigung	200
a) Zusammenballung	201
aa) Erhöhung des Gesamtbetrags der Einkünfte	202
bb) Zahlungen in zwei oder mehr Kalenderjahren	203
b) Antrag	205
4. Berechnung	205
5. Rückgängigmachung der ermäßigten Besteuerung	206
VII. Versorgungsbezüge	207
	207
F. Steuerfreiheit von Arbeitslohn	209
I. Überblick	210
1. Steuerbefreiungen im System der Einkommensbesteuerung	210
a) Verhältnis zum Arbeitslohnbegriff	210
b) Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz	211
c) Einteilung der Steuerbefreiungen	211
d) Insbesondere: "Zusätzlich" zum ohnehin geschuldeten	
Arbeitslohn erbrachte Leistungen	212
2. Bedeutung steuerfreien Arbeitslohns für die Besteuerungspraxis	213
3. Rechtsgrundlagen	213
II. Steuerbefreiungstatbestände in § 3 EStG	214
1. (Sozial-)Leistungen aus öffentlichen Mitteln (§ 3 Nr. 1–6 EStG)	214
	214
2. (Notstands-)Beihilfen (§ 3 Nr. 11, 11a und 11b EStG)	
a) Überblick	214
b) Beihilfen und Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln	215
aa) Unterstützungsleistungen bei Hilfsbedürftigkeit	215
bb) Beihilfen zur Förderung von Ausbildung und Erziehung	216
cc) Beihilfen zur Förderung von Wissenschaft und Kunst	218
c) Beihilfen und Unterstützungen aus privaten Mitteln	218
d) Insbesondere "Corona-Beihilfen" und Pflegebonus	219
3. Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen (§ 3 Nr. 12	217
	220
EStG)	220
a) Der Befreiungstatbestand des § 3 Nr. 12 S. 1 EStG	221
b) Der Befreiungstatbestand des § 3 Nr. 12 S. 2 EStG	222
c) Sonderfall: Neuordnung des Postwesens, § 3 Nr. 35 EStG	225
4. Reisekostenvergütungen (§ 3 Nr. 13 und 16 EStG)	225
a) Reisekostenvergütungen aus öffentlichen Kassen	225
b) Reisekostenvergütungen in der Privatwirtschaft	226
aa) Allgemeines	226
bb) Fahrtkosten als Reisekosten	227
cc) Verpflegungsmehraufwendungen als Reisekosten	230
dd) Übernachtungskosten als Reisekosten	231
ee) Reisenebenkosten als Reisekosten	232
ff) Abgrenzungsprobleme	233
c) Umzugskostenerstattungen	233
d) Vergütungen bei doppelter Haushaltsführung	235
aa) Voraussetzungen der Steuerfreiheit von Vergütungen für	
Mehraufwendungen bei doppelter Haushaltsführung	235
	236
bb) Steuerfrei ersetzbare Mehraufwendungen	
(1) Fahrtkosten	236

(2) Aufwendungen für die Zweitwohnung
(3) Verpflegungsmehraufwendungen
(4) Sonstige Mehraufwendungen
5. Zuschüsse zu öffentlichen Verkehrsmitteln (§ 3 Nr. 15 EStG)
6. Weiterbildungsleistungen (§ 3 Nr. 19 EStG)
7. Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 3
Nr. 25 EStG)
8. Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten (§ 3 Nr. 26 EStG)
a) Begriff der Einnahme
b) Nebenberufliche Tätigkeit
c) Steuerbegünstigte Tätigkeiten
aa) Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder
vergleichbare Tätigkeit
bb) Künstlerische Tätigkeit
cc) Pflege alter, kranker und behinderter Menschen 2
d) Begünstigte Auftraggeber
e) Umfang der Steuerbefreiung
f) Werbungskosten im Zusammenhang mit begünstigten
Tätigkeiten 2
9. Allgemeine Aufwandspauschale bei nebenberuflichen Tätigkeiten
(§ 3 Nr. 26a EStG)
a) Anwendungsbereich
b) Umfang der Steuerbefreiung
10. Corona-Beihilfen (§ 3 Nr. 28a EStG)
11. Werkzeuggeld, typische Berufskleidung (§ 3 Nr. 30, 31 EStG) 2
12. Sammelbeförderung von Arbeitnehmern (§ 3 Nr. 32 EStG)
a) Bedeutung der Vorschrift
b) Tatbestandsvoraussetzungen der Steuerbefreiung
aa) Unentgeltliche oder verbilligte Samm <mark>elb</mark> eförderung 2
bb) Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte 2
cc) Gestellung des Beförderungsmittels durch den Arbeitgeber 2
c) Begrenzung der Steuerbefreiung
0 0 0
15. Betreuung von Angehörigen (§ 3 Nr. 34a EStG)
17. Sachprämien (§ 3 Nr. 38 EStG)
18. Vermögensbeteiligungen (§ 3 Nr. 39 EStG)
19. Privatnutzung von betrieblichen Datenverarbeitungsgeräten und
Telekommunikationsgeräten (§ 3 Nr. 45 EStG)
20. Aufladen von Elektrofahrzeugen (§ 3 Nr. 46 EStG)
a) Aufladen im Betrieb des Arbeitgebers
b) Überlassung einer betrieblichen Ladevorrichtung
21. Durchlaufende Gelder, Auslagenersatz (§ 3 Nr. 50 EStG)
22. Trinkgelder (§ 3 Nr. 51 EStG)
23. Wohnraumüberlassung (§ 3 Nr. 59 EStG)
24. Zukunftssicherungsleistungen (§ 3 Nr. 62 und 63 EStG)
a) Leistungen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung
b) Freiwillige Zukunftssicherungsleistungen
25. Bezüge in Zusammenhang mit einer Auslandstätigkeit (§ 3 Nr. 64
EStG) 2
III. Steuerbefreiungen außerhalb des § 3 EStG
1. Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit

2. Weitere Steuerbefreiungen und -begünstigungen beim Bezug von	
Arbeitslohn	264
a) Uberblick	264
b) Jubiläumszuwendungen	265
c) Steuerfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung	265
IV. Steuerfreiheit bei Arbeitsverhältnissen mit Auslandsbezug	265
V. Steuerfreie Einnahmen und Ausgaben	266
G. Werbungskosten	267
I. ABC der Werbungskosten	269
II. Überblick	309
Werbungskosten im System der Einkunftsarten	309
Bedeutung der Werbungskosten in der Besteuerungspraxis	310
3. Rechtsgrundlagen	311
III. Der Werbungskostenbegriff, § 9 Abs. 1 S. 1 EStG	312
1. Inhalt der gesetzlichen Regelung	312
2. Der lohnsteuerrechtliche Werbungskostenbegriff	312
a) Aufwendungen	312
aa) Ersparte und fiktive Aufwendungen	314
bb) Aufwendungen mit Erstattungsanspruch	314
cc) Vorabentstandene Aufwendungen/vorweggenommene	311
Werbungskosten	316
dd) Nachträgliche Aufwendungen	318
ee) Vergebliche Aufwendungen	318
ff) Entgangene Einnahmen	319
b) Zurechnung der Aufwendungen	319
aa) Aufwendungen des Arbeitnehmers	319
bb) Aufwendungen Dritter	320
c) Berufliche Veranlassung	323
aa) Inhalt des Veranlassungsprinzips	323
aa) Inhalt des Veranlassungsprinzips	324
bb) Mittelbarer Zusammenhang	325
dd) Verschuldete Aufwendungen	326
ee) Zusammenhang mit anderen Einkunftsarten	327
3. Aufwendungen der Lebensführung	328
a) Allgemeine Haushaltsaufwendungen	328
b) Gemischte Aufwendungen	328
aa) Frühere Ansicht des Bundesfinanzhofs: Aufteilungs- und	
Abzugsverbot	329
bb) Ausnahmen vom Aufteilungs- und Abzugsverbot in der	
früheren Rspr. des Bundesfinanzhofs	329
cc) Aktuell: Aufteilungsmöglichkeit	330
dd) Folgerungen	330
ee) Sonderfall: Verlustbringende Nebentätigkeit	332
IV. Schuldzinsen, Renten und dauernde Lasten, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 EStG.	332
V. Öffentliche Abgaben und Versicherungen, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG.	333
VI. Beiträge zu Berufsständen und Berufsverbänden, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 3	
EStG	334
VII. Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte,	
§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 EStG	335
1. Allgemeines und Rechtsentwicklung	335
2. Überblick	338
3. Verfassungsmäßigkeit und rechtspolitische Überlegungen	339

	4. Berücksichtigung der Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte als Werbungskosten, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4
	EStG Sin W.
	a) Aufwendungen für Wege
	b) Wohnung
	aa) Begriff
	bb) Mehrere Wohnungen, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 S. 6 EStG
	c) Erste Tätigkeitsstätte
	5. Verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale, § 9 Abs. 1 S. 3
	Nr. 4 S. 2, 3 und 8 EStG
	a) Überblick
	b) Begünstigte Wegstrecken
	c) Mehrere Dienstverhältnisse
	d) Auswärtstätigkeit
	e) Berechnung der abzugsfähigen Beträge
	aa) Maßgebende Entfernung
	bb) Begrenzung des Abzugs
	cc) Ausschlusstatbestände
	6. Sonderfälle
	a) Fahrgemeinschaften
	b) Kfz-Gestellung durch den Arbeitgeber
	c) Zuzahlungen des Arbeitnehmers
	d) Sonderregelungen für Behinderte, § 9 Abs. 2 S. 3 und 4 EStG
	e) Überlassung betrieblicher Fahrräder, § 9 Abs. 1 S. 7 EStG
	7. Abgeltungswirkung der Entfernungspauschale
	8. Mobilitätsprämie, §§ 101 ff. EStG
VIII.	Doppelte Haushaltsführung, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 EStG
	1. Allgemeines
	2. Überblick
	3. Begriff der doppelten Haushaltsführung
	b) Wohnung am Ort der ersten Tätigkeitsstätte
	c) Doppelte Haushaltsführung bei Arbeitnehmern ohne eigenen
	Hausstand
	4. Berufliche Veranlassung der doppelten Haushaltsführung
	5. Beendigung der steuerlich berücksichtigungsfähigen doppelten
	Haushaltsführung
	6. Berücksichtigungsfähige Aufwendungen
	a) Notwendige ("angemessene") Aufwendungen
	b) Wohnung
	c) Verpflegung
	d) Fahrtkosten
	e) Sonstige Kosten
	7. Abgrenzung der doppelten Haushaltsführung zu anderen
	Werbungskosten
	8. Sonderregelungen für Behinderte, § 9 Abs. 2 S. 3 EStG
IX.	Fahrtkosten bei Auswärtstätigkeit, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4a EStG
	Übernachtungskosten bei Auswärtstätigkeit, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 5a
	EStG
XI.	Übernachtungskosten bei Fahrtätigkeit, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 5b
	EStG
XII.	Aufwendungen für Arbeitsmittel, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 EStG
	1. Begriff

2. Gesetzliche Beispiele (Werkzeuge, typische Berufskleidung)	381
3. Andere Arbeitsmittel	383
XIII. Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 EStG	383
1. Abzugszeitpunkt bei Werbungskosten	383
	383
a) Allgemeines b) Geringwertige Wirtschaftsgüter	
	385
c) Durchführung des Werbungskostenabzugs bei AfA	386
2. Einkunftserzielungsvermögen	388
3. Absetzungen für außergewöhnliche Abnutzung (AfaA)	388
XIV. Sonstige Werbungskosten	389
XV. Nichtabzugsfähige Werbungskosten, § 9 Abs. 5 EStG	389
1. Allgemeines	389
2. Geschenke, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 EStG	390
3. Bewirtungskosten, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 2 EStG	391
4. Gästehäuser, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 3 EStG	393
5. Aufwendungen für Jagd uÄ, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 4 EStG	393
6. Mehraufwendungen für Verpflegung, § 9 Abs. 4a EStG	394
a) Allgemeines	394
b) Grundsatz, § 9 Abs. 4a S. 1 EStG	394
c) Ausnahme: Abzugsfähige Verpflegungsmehraufwendungen	395
7. Häusliches Arbeitszimmer, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 6b EStG	397
a) Allgemeines	397
b) Grundsatz: Abzugsverbot	398
c) Ausnahmen vom Abzugsverbot	402
aa) Beschränkter Werbungskostenabzug	402
bb) Unbeschränkter Werbungskostenabzug	404
d) Werbungskostenabzug bei mehreren Arbeitsverhältnissen	406
e) Werbungskostenabzug beim Zusammentreffen mit Einkünften aus	
anderen Einkunftsarten	407
f) Gemeinsame Arbeitszimmernutzung	408
g) Sonstige Abzugsvoraussetzungen	410
aa) Nahezu ausschließliche berufliche Nutzung	410
bb) Lage des Arbeitszimmers	412
cc) Größe der Wohnung	412
dd) Nachweis der beruflichen Nutzung	413
h) Abziehbare Aufwendungen	413
i) Verhältnis zur doppelten Haushaltsführung	414
j) Umgehung des Abzugsverbots durch Vermietung des	717
Arbeitszimmers an den ArbG?	415
k) Home-Office-Pauschale, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 6b S. 4 EStG	416
8. Unangemessene Aufwendungen, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 7 EStG	417
9. Geldbußen, Ordnungs- und Verwarnungsgelder, § 4 Abs. 5 S. 1	417
Nr. 8 EStG	418
10. Zinsen für hinterzogene Steuern, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 8a EStG	419
11. Bestechungsgelder, § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 10 EStG	419
12. Aufwendungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke, § 4 Abs. 6	410
EStG \$10 Ab. 1 No 5 EStG	419
XVI. Kinderbetreuungskosten, § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG	419
1. Allgemeines	419
2. Dienstleistungen zur Betreuung von Kindern, § 10 Abs. 1 Nr. 5	101
EStG	421
3. Kinderfreibetrag und Betreuungsfreibetrag, § 32 EStG	423

4. Außergewöhnliche Belastungen, §§ 33 ff. EStG	
 Sonderbedarf eines auswärtig untergebrachten Kindes, § 	
EStG	
6. Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und haushalts	
Dienstleistungen, § 35a EStG	
7. Steuerbefreiung für kurzfristige Betreuung von Kindern	
EStG	
XVII. Aufwendungen für die Berufsausbildung oder Fortbildung	
1. Ausbildungskosten	
a) Begriff und Abgrenzungsfragen	
b) Ausbildungsbedingte Aufwendungen	
2. Fortbildungskosten	
XVIII. Werbungskosten-Pauschbetrag, § 9a S. 1 Nr. 1a EStG und	§ 9a S. 2
EStG	
I. Lohnsteuerverfahren (§§ 38 ff. EStG)	
I. Lohnsteuerrechtsverhältnis (§ 38 EStG)	
1. Lohnsteuer als Erhebungsform der Einkommensteuer .	
2. Arbeitgeber	
a) Inländischer Arbeitgeber (§ 38 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ESt	
b) Inländischer Arbeitgeber bei Arbeitnehmer-Überlass	
Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG)	
c) Inländischer Arbeitgeber bei Arbeitnehmerentsendur	
Abs. 1 S. 2 EStG)	
3. Arbeitslohn und Einbehalt (§ 38 Abs. 3 EStG)	
4. Lohnsteueranspruch, Stundung	
5. Lohnsteuer bei Drittzahlung (§ 38 Abs. 1 S. 3, Abs. 4 S	
6. Lohnsteuerabzug durch einen Dritten (§ 38 Abs. 3a ESt	
a) Erfüllung tarifvertraglicher Geldansprüche (§ 38 Abs.	. 3a S. 1
EStG) b) Erfüllung der Arbeitgeberpflichten auf Antrag (§ 38 . S. 2 ff. EStG)	Abs. 3a
II. Bemessung der Lohnsteuer (§§ 38–38c EStG)	
1. Laufender Arbeitslohn	
2. Sonstige Bezüge	
3. Lohnsteuerklassen (§ 38b EStG)	
a) Steuerklasse I (§ 38b S. 2 Nr. 1 Buchst. a und b ESt	
b) Steuerklasse II (§ 38b S. 2 Nr. 2 EStG)	
c) Steuerklasse III (§ 38b S. 2 Nr. 3 EStG)	
d) Steuerklasse IV (§ 38b S. 2 Nr. 4 EStG)	
e) Steuerklasse V (§ 38b S. 2 Nr. 5 EStG)	
f) Steuerklasse VI (§ 38b S. 2 Nr. 6 EStG)	
4. Das Faktorverfahren anstelle der Steuerklassenkombinat	ion III/V
(§ 39f EStG)	
5. Stufenlose Einkommensteuerermittlung statt Lohnsteue	
III. Durchführung des Lohnsteuerabzugs	
1. Lohnsteuerabzugsmerkmale	
a) Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale seit 2012/	′2013 (§ 39e
EStG)	
b) Bildung der Lohnsteuerabzugsmerkmale (§ 39 EStG Abs. 1 EStG)	
c) Datenspeicherung (§ 39e Abs. 2 EStG)	
d) Bereithalten der Daten zum Abruf (§ 39e Abs. 3 ESt	
a, Determation der Daten Zum Abrut (§ 570 Abs. 5 Est	<i>-</i> ,

e) Arbeitnehmerpflichten und Datenabruf (§ 39e Abs. 4 EStG)	449
f) Abfrage durch den Arbeitnehmer	450
g) Verwendung abgerufener Lohnsteuerabzugsmerkmale (§ 39e	4 E1
Abs. 5 EStG)	451
(§ 39e Abs. 6 EStG)	451
i) Absehen vom Abrufverfahren (§ 39e Abs. 7 EStG)	452
j) Bescheinigung des Betriebsstättenfinanzamts für den	
Lohnsteuerabzug (§ 39 Abs. 3 EStG, § 39e Abs. 8 EStG)	453
k) Einsatz der gespeicherten Daten zur Kontrolle der	
Einkommensbesteuerung (§ 39e Abs. 10 EStG)	453
l) Rechtsnatur der ELStAM-Abrufe (§ 39 Abs. 1 S. 4 EStG)	454
m) Schutzvorschriften (§ 39 Abs. 8 EStG)	454
2. Frei- und Hinzurechnungsbeträge (§ 39a EStG)	454
3. Lohnsteuerabzug und sog. Mini-Jobs	457
4. Lohnsteuerabzug bei unbeschränkt und beschränkt steuerpflichtigen	
Arbeitnehmern (§ 39b EStG)	458
a) Steuerabzug von laufendem Arbeitslohn, Freibeträge,	
Vorsorgeaufwendungen	458
aa) Jahresarbeitslohn – Systematik	459
bb) Zu versteuernder Jahresbetrag	459
cc) Freibeträge und zu berücksichtigende Teilbeträge der	450
Vorsorgepauschale	459 465
b) Lohnsteuereinbehaltung von sonstigen Bezügen	466
c) Lohnsteuerabzug bei Abschlagszahlungen	467
d) Freistellung vom Lohnsteuerabzug ausländischer Einkünfte	468
e) Lohnsteuerabzug bei Nettolohnvereinbarungen	468
f) Rückzahlung von Arbeitslohn	469
g) Lohnsteuerabzug ohne Lohnsteuerabzugsmerkmale (§ 39c EStG)	469
5. Tarifermäßigung durch außerordentliche Einkünfte	471
6. Aufzeichnungspflichten (§ 41 EStG, §§ 4, 5 LStDV)	472
7. Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	474
a) Anmeldung der Lohnsteuer	474
b) Lohnsteueranmeldungszeitraum	475
c) Abführung der Lohnsteuer	476
8. Wirkungsweise, Änderung und Anfechtung der	45.
Lohnsteueranmeldung	476
a) Wirkungsweise der Steueranmeldung als Steuerbescheid	476
b) Rechtsbehelfe	477
c) Weitere Änderungsmöglichkeiten d) Abweichende Steuerfestsetzung	477 478
9. Die Lohnsteuerermäßigung für Seeleute auf Schiffen deutscher	470
Flagge (§ 41a Abs. 4 EStG)	478
10. Die Steuerentlastung durch die Energiepreispauschale (§§ 112–122	170
EStG)	481
11. Abschluss des Lohnsteuerabzugs (§ 41b EStG)	484
a) Die elektronische Datenfernübertragung	484
b) Die zu übermittelnden Daten (§ 41b Abs. 1 S. 2 EStG) und	
Durchsetzung der Arbeitgeberpflichten	485
c) Der Ausdruck für den Arbeitnehmer (§ 41b Abs. 1 S. 3 EStG)	485
d) Zeitpunkt der Datenübermittlung	486

e) Das lohnsteuerrechtliche Ordnungsmerkmal (§ 41b Abs. 2	
EStG)	486 486
	486
12. Änderung des Lohnsteuerabzugs (§ 41c EStG)	489
V. Solidaritätszuschlag	491 492
VI. Lohnsteuerabzug bei Grenzgängern VII. Kirchenlohnsteuer	492
VII. Nirchemonnsteuer VIII. Die Lohnsteuer in der Insolvenz	493
I. Pauschalierung der Lohnsteuer	498
I. Grundsätzliches	498
1. Zwecke und Wirkungen der Pauschalierungsmöglichkeiten	498
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der	
Pauschalierungsmöglichkeiten	500
II. Pauschalierung in besonderen Fällen (§ 40 EStG)	501
1. Pauschalierung mit variablen Steuersätzen (§ 40 Abs. 1 EStG)	501
a) Pauschalierung bei sonstigen Bezügen	502
b) Pauschalierung bei Nachforderungen	503
c) Verhältnis zu anderen Pauschalierungsnormen	504
2. Pauschalierung mit festen Steuersätzen (§ 40 Abs. 2 EStG)	505
a) Mahlzeiten (§ 40 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 1a EStG)	505
b) Betriebsveranstaltungen (§ 40 Abs. 2 Nr. 2 EStG, § 19 Abs. 1 S. 1	-0.
Nr. 1a EStG)	506
c) Erholungsbeihilfen (§ 40 Abs. 2 Nr. 3 EStG)	506
d) Verpflegungsmehraufwendungen (§ 40 Abs. 2 Nr. 4 EStG)	507
e) Unentgeltliche oder verbilligte Übereignung von	
Datenverarbeitungsgeräten, von Zubehör und die Verschaffung	507
eines Internetzugangs (§ 40 Abs. 2 Nr. 5 EStG) aa) Allgemeines	507
aa) Allgemeines	507
be) Bie voraussetzungen der rausenanerungsversennit	507
f) Förderung von Elektromobilität (§ 40 Abs. 2 Nr. 6 EStG)	508
g) Übereignung betrieblicher (Elektro-)Fahrräder (§ 40 Abs. 2 Nr. 7	500
EStG)	508
h) Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (§ 40 Abs. 2 S. 2	F00
EStG)	509
aa) Sachbezüge und Arbeitgeberzuschüsse	509
bb) Zuschüsse für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln	510
cc) Freifahrtberechtigungen für Soldatinnen und Soldaten III. Pauschalbesteuerung für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig	510
Beschäftigte (§ 40a EStG)	510
1. Kurzfristige Beschäftigung (§ 40a Abs. 1 EStG)	511
2. Geringfügige Beschäftigung (§ 40a Abs. 2, 2a und b EStG)	513
	513
a) Sozialversicherungspflichtige geringfügige Beschäftigungenb) Nicht sozialversicherungspflichtige geringfügige Beschäftigungen	515
3. Aushilfsbeschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft (§ 40a Abs. 3	313
EStG)	515
4. Kurzfristige Beschäftigung beschränkt steuerpflichtiger Arbeitnehmer	313
(§ 40a Abs. 7 EStG)	516
IV. Pauschalierung bei Zukunftssicherungsleistungen (§ 40b EStG)	516
1. Pauschalierung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge	516
2. Gruppenunfallversicherungen	517
2. Crappendinantersienerangen	511

	genswirksame Leistungen
	Jberblick
	1. Systematik
	2. Rechtsentwicklung
	3. Verhältnis zu anderen Regelungen
	a) Steuerliche Förderung bestimmter Vermögensbeteiligungen
	aa) Allgemeines
	bb) Steuerliche Förderung nach § 19a EStG aF
	cc) Steuerliche Förderung nach § 19a EStG nF mit Wirkung ab
	30.6.2021
	dd) Steuerliche Förderung nach § 3 Nr. 39 EStG
	b) VermBDV
	c) BMF-Schreiben
	d) Verfahrensrechtliche Regelungen
II. I	Begünstigte Personen
	Vereinbarung der vermögenswirksamen Leistungen
	Anlageformen der vermögenswirksamen Leistung
	1. Allgemeines
	2. Wertpapiersparverträge oder andere Vermögensbeteiligungen (§ 2
	Abs. 1 Nr. 1 5. VermBG)
	a) Allgemeines
	b) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a 5. VermBG
	c) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b 5. VermBG
	d) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c 5. VermBG
	e) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. f 5. VermBG
	f) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. g 5. VermBG
	g) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. h 5. VermBG
	h) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. i 5. VermBG
	g) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. h 5. VermBG
	j) § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. 15. VermBG
	3. Wertpapierkaufverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 5. VermBG)
	4. Beteiligungsverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1 5. VermBG)
	5. Beteiligungskaufverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 2 5. VermBG)
	6. Bausparverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 5. VermBG)
	7. Wohnungsbauanlagen (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 5. VermBG)
	8. (Geld)Sparverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 5. VermBG)
	9. Kapitalversicherungsverträge (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 5. VermBG)
	Arbeitnehmer-Sparzulage
	1. Allgemeines
	2. Voraussetzungen
	3. Förderungen
	4. Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf Arbeitnehmer-
	Sparzulage
	5. Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage
	6. Fälligkeit der Arbeitnehmer-Sparzulage
	7. Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage
	8. Arbeitgeberpflichten
	9. Anrufungsauskunft

I. Grundsätzliches
1. Überblick über die Vorschriften
2. Rechtsentwicklung des § 42d EStG
3. Bedeutung der Arbeitgeberhaftung
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften
5. Verfassungsrechtliche Bedenken
I. Die Arbeitgeberhaftung
1. Begriff und Zweck der Arbeitgeberhaftung
2. Das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und
Finanzamt
3. Das Verhältnis von Haftung des Arbeitgebers und Steuerschuld des
Arbeitnehmers
4. Die Voraussetzungen der Lohnsteuerhaftung
a) Der Arbeitgeberbegriff
b) Die Haftungstatbestände nach § 42d Abs. 1 EStG
aa) Haftung für die einzubehaltende und abzuführende
Lohnsteuer (§ 42d Abs. 1 Nr. 1 EStG)
(1) Einbehalten der Lohnsteuer
(2) Abführen der Lohnsteuer
bb) Haftung für die beim Lohnsteuerjahresausgleich zu Unrecht
erstattete Lohnsteuer (§ 42d Abs. 1 Nr. 2 EStG)
cc) Haftung für die durch fehlerhafte Angaben verkürzte
Einkommensteuer (Lohnsteuer) (§ 42d Abs. 1 Nr. 3 EStG) .
dd) Haftung bei vom Dritten zu übernehmender Lohnsteuer
(§ 42d Abs. 1 Nr. 4 EStG)
ee) Negative Abgrenzung der Haftungstatbestände (§ 42d Abs. 2
EStG)
c) Verschuldenserwägungen auf Tatbestandse <mark>be</mark> ne
d) Die Haftung des Arbeitgebers bei Drittzuwendungen
5. Der Haftungsumfang
6. Entstehen des Haftungsanspruchs
7. Erlöschen des Haftungsanspruchs
8. Zinsen und Säumniszuschläge bei Haftungsschulden
I. Inanspruchnahme von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als
Gesamtschuldner (§ 42d Abs. 3 EStG)
1. Die gegenseitige Abhängigkeit von Steuerschuld und Haftung
2. Die Ermessensentscheidung
a) Allgemeine Grundsätze
bb) Inanspruchnahme des Arbeitnehmers (§ 42d Abs. 3 S. 4 EStG) (1) Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nach § 42d Abs. 3
S. 4 Nr. 1 EStG
(2) Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nach § 42d Abs. 3
S. 4 Nr. 2 EStG
b) Die Inanspruchnahme des Arbeitgebers
aa) Ausübung des Entschließungsermessens
bb) Ausübung des Auswahlermessens
3. Der Rückgriff des Arbeitgebers
a) Rechtsgrundlage und Rechtsnatur des Rückgriffs
b) Obliegenheiten des Arbeitgebers
c) Entstehung, Verjährung und Verfall des Erstattungsanspruchs
d) R egressverzicht des Arheitgebers

4. Erstattungsanspruch	576
IV. Das Haftungsverfahren (Haftungs- und Nachforderungsbescheid)	576
1. Der Haftungsbescheid gegen den Arbeitgeber	576
a) Zuständigkeit	577
b) Form und Inhalt	577
aa) Schriftformerfordernis nach § 191 Abs. 1 S. 2 AO	577
bb) Inhaltliche Bestimmtheit nach § 119 Abs. 1 AO	577
cc) Begründung des Haftungsbescheides iSd § 121 Abs. 1 AO	578
c) Aufhebung und Änderung des Haftungsbescheides	580
d) Rechtsschutz gegen den Haftungsbescheid	581
2. Die Anmeldung der einzubehaltenden Lohnsteuer nach § 42d Abs. 4	- 0.0
S. 1 Nr. 1 EStG	583
3. Schriftliches Anerkenntnis der Zahlungsverpflichtung nach § 42d	
Abs. 4 S. 1 Nr. 2 EStG	584
4. Die Nachforderung pauschaler Lohnsteuer nach § 42d Abs. 4 S. 2	
EStG	584
5. Die Nachforderung von Lohnsteuer gegenüber dem Arbeitnehmer .	584
a) Die Nachforderungsfälle	584
b) Der Nachforderungsbetrag	584
c) Der Nachforderungsbescheid	585
6. Bagatellgrenze nach § 42d Abs. 5 EStG	586
V. Die Haftung anderer Personen für Lohnsteuer	586
1. Der Haftungsanspruch nach § 69 AO – insbesondere die	
Geschäftsführerhaftung für Lohnsteuer	586
a) Sinn und Zweck	586
b) Struktur und Systematik	586
c) Verantwortlichkeit der Haftenden	587
d) Pflichtverletzung iSd § 69 AO	588
e) Verschulden iSd § 69 AO	590
Tf) Schaden nach § 69 AOI CLULIA A LIDILIA I C	592
f) Schaden nach § 69 AO	593
h) Die Inanspruchnahme als Haftungsschuldner	593
2. Weitere Haftungsansprüche	595
a) Zivilrechtliche Haftungsansprüche	595
b) Steuerrechtliche Haftungsansprüche	596
VI. Die Haftung des Entleihers und des Verleihers bei	370
Arbeitnehmerüberlassung	596
1. Allgemeine Grundsätze	596
	596
2. Der Haftungstatbestand nach § 42d Abs. 6 S. 1 EStG	598
3. Haftungsausschlüsse	
4. Inanspruchnahme des Entleihers	598
5. Umfang der Entleiherhaftung	598
6. Die Gesamtschuldnerschaft von Verleiher, Entleiher und	500
Leiharbeitnehmer	599
7. Die Haftung des Verleihers nach § 42d Abs. 7 EStG	599
8. Die Sicherungsanordnung nach § 42d Abs. 8 EStG	599
VII. Die Haftung beim Lohnsteuerabzug durch Dritte nach § 42d Abs. 9 EStG	600
L. Auskünfte und Zusagen im Lohnsteuerrecht	602
I. Überblick	602
II. Die Anrufungsauskunft (§ 42e EStG)	603
1. Voraussetzungen und Bedeutung im Überblick	603
2. Verhältnis zu anderen Vorschriften und Rechtsinstituten	604

a) Verhältnis zum Hinweis in Verfahrensfragen (§ 89 Abs. 1 S. 2
AO)
b) Verhältnis zur verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO
c) Verhältnis zur Zusage nach § 204 AO
d) Verhältnis zur tatsächlichen Verständigung
e) Verhältnis zum Arbeitsrecht
3. Voraussetzungen für die Erteilung einer Auskunft
a) Auskunftsberechtigte Personen
b) Zulässiger Gegenstand der Anfrage
, e e
c) Auskunftsinteresse
d) Formloser Antrag
e) Zuständiges Finanzamt
4. Die Entscheidung über den Auskunftsantrag
a) Inhalt der Entscheidung
b) Rechtsnatur der Entscheidung
c) Form der Entscheidung
d) Zeitpunkt der Entscheidung
5. Die Bindungswirkung der Auskunft
a) Nichtigkeit als Grenze der Bindungswirkung
b) Der sachliche Umfang der Bindung
c) Der persönliche Umfang der Bindung
d) Der zeitliche Umfang der Bindung (Rücknahme, Widerruf,
Zeitablauf, sonstige Erledigung)
6. Korrektur einer Auskunft nach § 42e EStG
III. Die verbindliche Zusage (§ 204 AO)
1. Voraussetzungen einer verbindlichen Zusage
2. Rechtsfolgen einer verbindlichen Zusage
IV. Die verbindliche Auskunft (§ 89 Abs. 2 AO)
1. Antrag
2. Entscheidung über die Erteilung der verbindlichen Auskunft
3. Bindungswirkung
4. Korrekturen
5. Gebührenpflicht
ohnsteuer-Außenprüfung und Lohnsteuer-Nachschau
I. Zuständigkeit
1. Grundsätzliches
2. Begriff der Betriebsstätte
3. Ausnahmeregelungen
a) Auftragsprüfung
b) Zuständigkeit besonderer Betriebsprüfungsämter
II. Lohnsteuer-Nachschau nach § 42g EStG
1. Gegenstand der Lohnsteuer-Nachschau
2. Abgrenzung zur Außenprüfung
3. Voraussetzungen der Lohnsteuer-Nachschau
4. Durchführung der Lohnsteuer-Nachschau
5. Übergang zur Lohnsteuer-Außenprüfung
6. Rechtsfolgen
7. Rechtsbehelfe
III. Lohnsteuer-Außenprüfung nach § 42f EStG
1. Zulässigkeit und Gegenstand der Lohnsteuer-Außenprüfung
2. Umfang der Lohnsteuer-Außenprüfung

3. Rechtliche Wirkung der Lohnsteuer-Außenprüfung	636
a) Auswirkung auf die Verjährung – Ablaufhemmung	636
b) Änderungssperre	638
4. Anordnung der Lohnsteuer-Außenprüfung und	
Prüfungsvorbereitungen	639
a) Entscheidung über die Anordnung einer Lohnsteuer-	
Außenprüfung	639
b) Die Prüfungsanordnung	640
c) Verwertungsverbot im Zusammenhang mit einer fehlenden oder	
fehlerhaften Prüfungsanordnung	642
d) Festlegung des Prüfungsorts	643
e) Prüfungsvorbereitungen des Arbeitgebers	644
5. Prüfungsdurchführung und Mitwirkungspflichten	645
a) Pflichten des Prüfers	645
b) Vorgehen des Prüfers	646
c) Pflichten des Arbeitgebers	647
d) Pflichten der Arbeitnehmer	650
6. Prüfungsabschluss	650
a) Die Schlussbesprechung	651
b) Der Lohnsteuer-Außenprüfungsbericht	652
7. Rechtsfolgen nach Abschluss der Lohnsteuer-Außenprüfung	653
IV. Sonderfälle der Lohnsteuer-Außenprüfung	655
1. Lohnsteuer-Außenprüfung beim Lohnabzug durch Dritte nach § 42f	
Abs. 3 EStG	655
2. Lohnsteuer-Außenprüfung und sozialrechtliche Prüfungen beim	
Arbeitgeber	655
3. Lohnsteuer-Außenprüfung und Prüfung durch die Zollverwaltung	
im Rahmen des Mindestlohngesetzes	656
N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung	657
N. Lohnsteuerfragen der betrieblichen Altersversorgung I. Arbeitsrechtliche Grundlagen	658
1. Das BetrAVG als gesetzliche Grundlage der betrieblichen	
Altersversorgung	658
2. Anwendungsbereich des BetrAVG	659
a) Rechtsnatur der betrieblichen Altersversorgung	659
b) Leistungsarten der betrieblichen Altersversorgung	660
aa) Überblick über die Leistungsarten	660
bb) Leistungszusage	661
cc) Beitragsorientierte Leistungszusage	661
dd) Beitragszusage mit Mindestleistung	662
ee) Umfassungszusage	662
ff) Entgeltumwandlung	663
(1) Entgeltumwandlung nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG	663
(2) Der Anspruch auf Entgeltumwandlung, § 1a BetrAVG	666
gg) Reine Beitragszusage	667
c) Begünstigter Personenkreis	669
aa) Arbeitnehmer und Auszubildende	669
bb) Nicht-Arbeitnehmer	669
(1) Arbeitnehmerähnliche Personen	670
(2) Selbstständige	670
(3) Organmitglieder	670
(4) Gesellschafter	670
cc) Einschränkungen	670

2 E	(71
3. Entstehung eines Versorgungsanspruchs	671 671
a) Versorgungszusage	671
bb) Einschränkung durch Anspruch auf Entgeltumwandung	672
cc) Leistungsversprechen/mögliche Rechtsgrundlage der	072
Versorgungszusage	672
(1) Individuelle Vereinbarung	672
(2) Gesamtzusage und vertragliche Einheitsregelung	672
(3) Tarifvertrag/Opting-Out	673
(4) Betriebsvereinbarung	673
(5) Betriebliche Übung	676
(6) Gleichbehandlungsgrundsatz	676
dd) Inhalt der Versorgungszusage	678
b) Versorgungszweck	678
aa) Altersversorgung	678
bb) Invaliditätsversorgung	679
cc) Hinterbliebenenversorgung	679
4. Darstellung der unterschiedlichen Durchführungswege	681
a) interne Durchführungswege	681
aa) Direktzusage	681
bb) Unterstützungskasse	682
b) externe Durchführungswege	682
aa) Direktversicherung	682
bb) Pensionskasse	682
cc) Pensionsfonds	683
5. Schutz des Versorgungsanspruchs	683
a) Unverfallbarkeitb) Anwartschaftsanpassung	683
	685
c) Abfindungsverbot	686
d) Übertragung von Versorgungsanwartschaften und	
Versorgungsverpflichtungen	687
e) Auszehrungsverbot	687
f) Anpassungspflicht	688
g) Pensions-Sicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit	691
h) Änderung der Auskunftspflichten nach § 4a BetrAVG	693
6. Sozialversicherungsrechtliche Grundzüge der betrieblichen	(0)
Altersversorgung	694 694
a) Einführung	695
b) Beitragspflichten nach Durchführungswegen	695
bb) Unterstützungskassenzusage	695
	695
cc) Direktversicherungdd) Pensionskasse	696
ee) Pensionsfonds	696
c) Förderbetrag zur betrieblichen Altersversorgung (BAV-	070
Förderbetrag)	697
d) Einschränkungen	697
II. Durchführungswege mit ihren steuerlichen und	5,1
sozialversicherungsrechtlichen Folgen auf Arbeitgeber- und	
Arbeitnehmerseite	698
1. Die unterschiedlichen Durchführungswege der betrieblichen	
Altersversorgung	698

Ansparphase a) Direktversicherung aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (a) Rechtsentwicklung (b) Ausländische Versicherungsunternehmen (2) Voraussetzungen für die Steuerfreiheit (§ 3 Nr. 63 S. 1 EStG)
aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (a) Rechtsentwicklung (b) Ausländische Versicherungsunternehmen (2) Voraussetzungen für die Steuerfreiheit (§ 3 Nr. 63 S. 1
bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG
(1) Allgemeines (a) Rechtsentwicklung (b) Ausländische Versicherungsunternehmen (2) Voraussetzungen für die Steuerfreiheit (§ 3 Nr. 63 S. 1
(a) Rechtsentwicklung
(b) Ausländische Versicherungsunternehmen
(2) Voraussetzungen für die Steuerfreiheit (§ 3 Nr. 63 S. 1
EStG
(a) Arbeitgeberbeiträge zum Aufbau einer
kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung
(aa) Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung
(bb) kapitalgedeckte Versorgungsanwartschaft
(cc) Arbeitgeberbeiträge
(b) Beitragsleistung im ersten Dienstverhältnis
(c) Leistungsarten
(aa) Zugesagte Alters-, Invaliditäts- oder
Hinterbliebenenleistungen
(bb) Auszahlungsarten (Rente/Auszahlungsplan)
(3) Höchstbetrag (§ 3 Nr. 63 S. 1 EStG)
(a) Allgemeines
(b) Beitragsbemessungsgrenze
(c) Höchstbetrag
(4) Verzicht auf die Steuerfreiheit zugunsten der Riester-
Förderung (§ 3 Nr. 63 S. 2 EStG)
(5) Freistellungsvolumen bei Auflösung des
Arbeitsverhältnisses (§ 3 Nr. 63 S. 3 EStG)
(6) Nachholung bei ruhenden Arbeitsverhältnissen (§ 3
Nr. 63 S. 4 EStG)
cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF
(1) Allgemeines
(2) Voraussetzungen für die Weiteranwendung der
Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF für Zeiträume
nach dem 31.12.2004 und vor dem 1.1.2018
(a) Altzusage
(b) Keine Anwendung des vorrangigen § 3 Nr. 63 EStG.
(3) Tatbestandsmerkmale des § 40b EStG in der am
31.12.2004 geltenden Fassung
(a) Allgemeines
(b) Arbeitgeberzuwendungen
(c) erstes Dienstverhältnis
(d) Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung
(e) Vorliegen besonderer Versicherungsbedingungen
(4) Bemessungsgrundlage für die pauschale Lohnsteuer
(5) Höchstbetrag
(6) Vervielfältigungsregelung nach § 40b Abs. 2 S. 3 und 4
EStG aF
dd) BAV-Förderbetrag
(1) Allgemeines
(2) Begünstigte Arbeitnehmer
(a) erstes Dienstverhältnis

(b) Arbeitslohn unterliegt dem inländischen	
Lohnsteuerabzug	726
(c) Geringverdiener	726
(3) Begünstigte Arbeitgeber	727
(4) Begünstigte Beiträge	728
(a) Beiträge zu einer kapitalgedeckten betrieblichen	
Altersversorgung	728
(b) keine "Zillmerung"	728
(c) Auszahlungsarten (Rente/Auszahlungsplan)	728
(d) Beiträge zusätzlich zum ohnehin geschuldeten	
Arbeitslohn	728
(e) Beiträge des Arbeitgebers	730
(f) Mindestbetrag	730
(5) Höhe des Förderbetrags	73
(6) Steuer- und Beitragsfreiheit	732
(7) Auszahlung und Korrektur des Förderbetrags	732
(8) Rückgewährung des Förderbetrags	732
(9) Aufzeichnungspflichten	733
(10) Anwendbarkeit anderer Vorschriften	733
ee) Riester-Rente	733
(1) Allgemeines	734
(2) Begünstigte Personengruppen	736
(a) Unmittelbare Förderberechtigung	736
(b) mittelbare Förderberechtigung	738
(3) Altersvorsorgebeiträge (§ 82 EStG)	739
(a) Altersvorsorgevertrag – Beiträge iSd § 82 Abs. 1 EStG (b) Beiträge zum Aufbau einer kapitalgeckten	739
	720
betrieblichen Altersversorgung	739 740
(4) Altersyorsorgezulage	
(4) Altersvorsorgezulage	740 740 740
(a) Förderhöhe	743
(a) Förderhöhe(b) Mindesteigenbeitrag	742 742
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug	741 741 742
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester	742 742 742 744
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug	742 742 742 744 743
(a) Förderhöhe	741 741 742 744 741 741
(a) Förderhöhe	741 742 742 744 741 745
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren	741 742 744 742 743 743 749
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren	741 742 742 742 743 743 749 751
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) (b) Pensionskasse	741 742 742 743 743 743 751 751 751
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) (b) Pensionskasse aa) Begriff	741 742 744 741 741 741 752 752 753 753 753
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG	741 742 744 741 749 749 750 750 750 750 750 750
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines	741 742 744 741 741 741 752 752 753 753 753
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung	741 741 741 741 741 741 752 752 752 752 754 754 754 754 754 755
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF	74: 74: 74: 74: 74: 74: 75: 75: 75: 75: 75: 75:
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b	741 741 741 741 741 741 751 752 752 754 754 754 754 754
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung	741 741 741 741 741 741 752 752 752 752 754 754 754 754 754 755
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung (2) Tatbestandsmerkmale des § 40b EStG in der am	74: 74: 74: 74: 74: 74: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung (2) Tatbestandsmerkmale des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung	741 741 741 741 741 741 751 752 752 754 754 754 754 754
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung (2) Tatbestandsmerkmale des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung (3) Vervielfältigung des pauschal besteuerten	74: 74: 74: 74: 74: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75
(a) Förderhöhe (b) Mindesteigenbeitrag (5) Sonderausgabenabzug (6) Wohn-Riester (7) Schädliche Verwendung (8) Verfahren (a) Zulageantrag (b) Festsetzungsverfahren (c) Überprüfungsverfahren (d) Verfahren bei schädlicher Verwendung (§ 94 EStG) b) Pensionskasse aa) Begriff bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG (1) Allgemeines (2) Besonderheiten im Vergleich zur Direktversicherung cc) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG aF (1) Voraussetzungen für die Weiteranwendung des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung (2) Tatbestandsmerkmale des § 40b EStG in der am 31.12.2004 geltenden Fassung	74: 74: 74: 74: 74: 74: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75: 75

ee) Riester-Förderung	,
ff) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 56 EStG bei umlagefinanzierten	
Pensionskassen	,
(1) Allgemeines	•
(2) Voraussetzungen für die Steuerfreiheit (§ 3 Nr. 56 S. 1	
EStG)	,
(3) Höchstbetrag (§ 3 Nr. 56 S. 1 letzter Halbsatz und S. 2	
EStG)	,
gg) Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG bei umlagefinanzierten	
Pensionskassen	
(1) Allgemeines	,
(2) Voraussetzungen für die Pauschalierung nach § 40b	
Abs. 1 EStG in der ab 2005 geltenden Fassung	
(3) Höchstbetrag (§ 40b Abs. 2 EStG)	
(4) Pauschalbesteuerungspflicht für Sonderzahlungen	ĺ
c) Pensionsfonds	
aa) Begriff	ĺ,
bb) Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG	ĺ,
cc) BAV-Förderbetrag	
dd) Riester-Förderung	
ee) Übernahme bestehender Versorgungsanwartschaften (§ 3	
Nr. 66 EStG)	,
d) Aufzeichnungs- und Übermittlungspflichten	
bb) Lohnsteuerliche Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten im	
Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	
(1) Aufzeichnungen zum Lohnkonto (insb. § 4 Abs. 2 Nr. 7,	
8 LStDV)	
(2) Besondere Aufzeichnungspflichten im Rahmen der	
betrieblichen Altersversorgung (§ 5 Abs. 1 LStDV)	
(a) Datenübermittlung an die Versorgungseinrichtung	
(§ 5 Abs. 2 LStDV)	•
(b) Ausnahme von der Mitteilungspflicht (§ 5 Abs. 3 S. 1	
LStDV)	,
(c) Fiktion der steuerfreien Behandlung (§ 5 Abs. 3 S. 2	
LStDV)	•
(3) Mitteilungspflichten des Arbeitgebers und der	
Unterstützungskasse nach § 6 AltvDV	•
(a) Jährliche Mitteilung der individuell besteuerten	
Beiträge (§ 6 Abs. 1 AltvDV)	,
(b) Ausnahmen von der Mitteilungspflicht (§ 6 Abs. 2	
AltvDV)	
(c) Verzicht auf die Riester-Förderung (§ 6 Abs. 3	
AltvDV)	,
(d) Fiktion der steuerlichen Behandlung bei fehlender	
Mitteilung des Arbeitgebers oder Verzicht des	
Arbeitnehmers (§ 6 Abs. 4 AltvDV)	ĺ
3. Besteuerung der Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung .	
a) Externe Durchführungswege	į.
aa) Grundsatz	
bb) Besteuerung von Leistungen, die auf geförderten Beiträgen	
beruhen	

cc) Besteuerung von Leistungen, die auf ungeförderten	
Leistungen beruhen	764
(1) Überblick	764
(2) Rentenleistungen (§ 22 Nr. 5 S. 2 Buchst. a EStG)	765
(3) Andere Leistungen aus Versicherungsverträgen,	
Pensionsfonds, Pensionskassen und Direktversicherungen	
(§ 22 Nr. 5 S. 2 Buchst. b EStG)	765
(4) Andere Leistungen (§ 22 Nr. 5 S. 2 Buchst. c EStG)	766
dd) Besteuerung von Leistungen, die auf geförderten und	
ungeförderten Beiträgen beruhen	766
ee) Sonderfälle bei der Besteuerung	767
(1) Besteuerung bei schädlicher Verwendung nach Riester-	
Förderung (§ 22 Nr. 5 S. 3 EStG)	767
(2) Wohnförderkonto	767
(3) Besteuerung nach interner Teilung beim	
Versorgungsausgleich	767
ff) Leistungsmitteilung des Anbieters (§ 22 Nr. 5 S. 7 EStG)	768
gg) Erstattung von Abschluss- oder Vertriebskosten (§ 22 Nr. 5	
S. 8 EStG)	768
hh) Ableitung der Besteuerung nach Versorgungsausgleich oder	
Übertragung auf den neuen Arbeitgeber (§ 22 Nr. 5 S. 9 ff.	
EStG)	768
ii) Besteuerung von Kleinbetragsrenten (§ 22 Nr. 5 S. 13 EStG)	769
jj) Werbungskostenpauschbetrag (§ 9a S. 1 Nr. 3 EStG)	769
kk) Rentenbezugsmitteilung nach § 22a EStG	770
(1) Allgemeines	770
(2) Inhalt der Rentenbezugsmitteilung (§ 22a Abs. 1 S. 1	==0
EStG)	770
(3) Information des Leistungsempfängers (§ 22a Abs. 3 EStG)	771
b) Interne Durchführungswege	771
	771
bb) Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag	772
(1) Allgemeines	772
(2) Berechnung des Versorgungsfreibetrages	772
(3) Jahr des Versorgungsbeginns	773
(4) Zeitanteilige Berücksichtigung des Versorgungsfreibetrags	113
und des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag	773
(5) Neuberechnung des Versorgungsfreibetrags	773
(6) Mehrere Versorgungsbezüge	774
(7) Hinterbliebenenversorgung	775
(8) Abfindung eines Versorgungsbezugs	775
(9) Andere Kapitalauszahlungen anstelle laufender	
Versorgungsbezüge	776
(10) Ermittlung der Freibeträge durch den Arbeitgeber beim	
Lohnsteuerabzug	776
(11) Werbungskosten-Pauschbetrag	776
(12) Aufzeichnungs- und Bescheinigungspflichten	776
Portabilität	777
a) Steuerfreie Übertragung wegen Arbeitgeberwechsels nach § 3	
Nr. 55 EStG	777
aa) Allgemeines	777
bb) Steuerfreier Übertragungswert nach § 3 Nr. 55 S. 1 EStG	777

4.

cc) Steuerfreier Übertragungswert nach § 3 Nr. 55 S. 2 EStG dd) Fiktion der Einkünfte nach § 3 Nr. 55 S. 3 EStG	778 778
 b) Steuerfreie Übertragung zwischen externen Versorgungseinrichtungen oder auf einen Riester-Vertrag nach § 3 Nr. 55c EStG aa) Übertragung zwischen externen betrieblichen 	778
Versorgungseinrichtungen	778
bb) Übertragung auf einen Riester-Vertrag	778
c) Übernahme der Versorgungsverpflichtung im Störfall (§ 3 Nr. 65 EStG)	779
III. Betriebliche Altersversorgung und Bilanzrecht (HGB, IFRS, StB)	779
1. Überblick und neuere Entwicklungen	779
2. Handelsrecht	781
a) Bilanzierungsgrundsätze	781
b) Deckungs- bzw. Planvermögen	783
c) Diskontierung	784
d) Übergangsregelung	785
3. Steuerrecht	785
a) Pensionsrückstellung nach § 6a EStG	785
aa) Rechtsverbindliche Zusage	786
bb) Schriftform	786
cc) Gewinnabhängige Bezüge	787
dd) Keine schädlichen Widerrufsvorbehalte	787
ee) Dienstverhältnis zum Unternehmen oder anderes	707
Rechtsverhältnis	787
ff) Frühestmögliche Bildung der Pensionsrückstellung	787
	788
b) Höhe der Pensionsrückstellung	788
	791
bb) Zuführung und Nachholverbot	791
cc) Überversorgung	
dd) Passivierung "angeschaffter" Pensionsrückstellungen	792
Kapitalgesellschaft	793
aa) Allgemeines	793
bb) Besonderheiten bei beherrschenden Gesellschafter-	
Geschäftsführern	795
(1) Beherrschung	795
(2) Rückwirkungsverbot	795
(3) Ernsthaftigkeit	795
(4) Probezeit	796
(5) Erdienbarkeit	796
(6) Angemessenheit	797
(7) Finanzierbarkeit	797
(8) Kapitalabfindungen	798
(9) Fortführung des Dienstverhältnisses nach Eintritt des	
Versorgungsfalls	798
d) Geschäftsführer einer Personengesellschaft	799
e) GmbH & Co. KG: Pensionszusage durch die Komplementär-GmbH	799
f) Übertragung von Versorgungsverpflichtungen und	
Versorgungsanwartschaften auf Pensionsfonds	800
4. Einzelheiten zu steuerlichen Fragestellungen	801
a) Abfindungsklauseln	801
aa) Schriftform und Eindeutigkeitsgebot	802
bb) Auslegungsfähigkeit der Abfindungsklauseln	802

	b) Steuerfolgen beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	
	durch die Übernahme der Pensionszusage gegen eine	
	Ablösungszahlung und Wechsel des Durchführungswegs	806
	c) "Entsorgung" von Pensionszusagen anhand eines Praxisfalles	809
	aa) Pensionsverzicht	810
	bb) Abfindung des Pensionsanspruchs	810
	cc) Übertragung der Verpflichtung auf externe	
	Versorgungsträger	811
	dd) Übertragung der Verpflichtung auf eine "Rentner-GmbH" .	811
	ee) Zurückbleiben der L-GmbH als "Rentner-GmbH"	812
	ff) Vollständige Übertragung der L-GmbH auf das	
	Besitzunternehmen	812
	gg) Zusatzüberlegung: Absicherung der Gewerblichkeit des	012
	(bisherigen) Besitzunternehmens über eine gewerbliche	
	Prägung	813
	d) Vorgezogener Ruhestand	813
		813
	aa) Allgemeinesbb) Auswirkung der neuen BFH-Rechtsprechung bei	613
		014
	Vereinbarung einer flexiblen Altersgrenze	814
	e) Nebeneinander von Pension und Gehalt	815
	f) Arbeitszeitkonten	816
	aa) Problemstellung und bisherige Linie der Finanzverwaltung	816
	bb) Zusatzprobleme bei Organen von Kapitalgesellschaften	817
	cc) Die BFH-Entscheidung aus 2018 (BFH 22.2.2018 – VI R	
	17/16, BStBl. II 2019, 496)	817
	dd) Reaktion der Finanzverwaltung und Folgen für die Praxis	818
	ee) Wechselfälle	819
	g) Einzelheiten zur Erdienbarkeit von Pensionszusagen	819
	aa) Grundsätze	819
	bb) Das "Risiko-Urteil" aus 2016	820
	cc) Entwarnung durch den BFH	820
	h) Grundsätze und Entwicklungen zur Überversorgung	821
	aa) Hintergrund	821
	bb) Die BFH-Entscheidung I R 4/15 (BFH 20.12.2016 – I R 4/	
	15, BStBl. II 2017, 678): Bestätigung der 75 %-Grenze	822
	(1) Sachverhalt	822
	(2) Entscheidung des BFH	823
	cc) Die BFH-Entscheidung VI R 4/16 (BFH 23.8.2017 – VI R	
	4/16, BStBl. II 2018, 208): Überversorgungsprüfung nur für	
	künftige Ansprüche	823
	(1) Sachverhalt	823
	(2) Die Entscheidung des BFH	823
	(3) Status quo	824
	(4) Gehaltsherabsetzung bei einer endgehaltsabhängigen	021
	Pensionszusage	826
	(5) BFH zu Dynamisierungsklauseln und Überversorgung	827
	i) Übernahmefolgegewinn im Rahmen von	027
		920
	Umwandlungsvorgängen bei Pensionszusagen	829
	aa) Sachverhalt	829 830
F	bb) Lösung	832
Э	. IFRS	
	a) Ausgangspunkt	832 833
	DI AHERSVOTSOTGEDIANE	201

O. Veranlagung der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer	83
I. Überblick	83
1. Systematik und Bedeutung	83
2. Rechtsentwicklung	83
Verhältnis zu anderen Regelungskomplexen	83
a) Allgemeine Veranlagungsvorschrift des § 25 EStG, elektronische	-
Erklärung	83
b) Verhältnis zum Lohnsteuerabzug und zum Anrechnungsverfahren	
nach § 36 EStG	84
c) Arbeitnehmerveranlagung und beschränkt Steuerpflichtige	84
d) Verhältnis zu Vorschriften der AO	84
II. Veranlagungstatbestände, § 46 Abs. 2 EStG	84
1. Gemeinsame Voraussetzungen für alle Veranlagungstatbestände	84
2. Tatbestände der Amtsveranlagung (§ 46 Abs. 2 Nr. 1–7 EStG)	84
a) Geringfügige steuerpflichtige oder dem Progressionsvorbehalt	
unterliegende Einkünfte (Abs. 2 Nr. 1)	84
aa) Nebeneinkünfte (1. Alternative)	84
bb) Progressionsvorbehalt (2. Alternative)	84
b) Mehrere Dienstverhältnisse (Abs. 2 Nr. 2)	84
c) Pauschal berücksichtigte Vorsorgeaufwendungen (Abs. 2 Nr. 3) .	84
d) Beiderseitiger Lohnbezug von Ehegatten/Lebenspartnern (Abs. 2	
Nr. 3a)	84
e) Ermittlung eines Freibetrags (Abs. 2 Nr. 4)	84
f) Elternpaar ohne Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 EStG (Abs. 2	
Nr. 4a)	84
g) Sonstiger Bezug (Abs. 2 Nr. 5)	84
h) Nichtvorlage der Lohnsteuerbescheinigung aus früheren	
Dienstverhältnissen (Abs. 2 Nr. 5a)	84
i) Eheauflösung und Wiederheirat im selb <mark>en</mark> VZ (Abs. 2 Nr. 6)	84
j) Im Ausland Ansässige (Abs. 2 Nr. 7)	84
3. Antragsveranlagung (Abs. 2 Nr. 8)	84
a) Allgemeines	84
b) Antrag und Form	84
c) Antragsrücknahme	84
d) Ablehnung des Antrags	84
4. Antragsveranlagung (Abs. 2 Nr. 9)	85
III. Härteausgleich	85
1. Allgemeines, Zweck und Umfang	85
2. Härteausgleichsbetrag nach § 46 Abs. 3 EStG	85
3. Erweiterter Härteausgleich (Abs. 5)	85
IV. Abgeltungswirkung	85
P. Mitarbeiter- und Managementbeteiligungen	85
I. Grundlagen der Mitarbeiterbeteiligung	85
Historische Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung	85
a) Die Entwicklung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung von	
1918–1945	85
b) Die Entwicklung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung von	
1945–1990	85
c) Aktuelle Entwicklung und Tendenzen	85
Formen der Mitarbeiterbeteiligung	85
a) Erfolgsbeteiligungen	85
aa) Leistungsbeteiligung	85
, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	_

		bb) Ertragsbeteiligungen	857
		cc) Gewinnbeteiligungen	857
		b) Kapitalbeteiligungen	858
	3.	Gründe für die Einführung von Mitarbeiterbeteiligungen	858
		a) Finanzierung des Unternehmens	859
		b) Steigerung der Produktivität	859
		c) Mitarbeiterbindung und Motivation	859
		d) Der Mitarbeiter als Unternehmer	860
		e) Vermögensbildung und Altersvorsorge der Arbeitnehmer	861
		f) Kapitalbeteiligung als Mittel zur Umverteilung	861
		g) Zusammenfassung	861
	4.	Arbeitsrechtliche Aspekte der Begründung von	
		Mitarbeiterbeteiligungen	862
		a) Einzelvertragliche Regelungen	862
		b) Betriebsvereinbarungen	863
		c) Gesamtzusage	863
		d) Betriebliche Übung	864
	5.	Ökonomie, Bilanzierung und Bewertung	864
		a) Wirtschaftliche Zielgrößen für Mitarbeiterbeteiligungen	865
		b) Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung	866
		aa) Bonusmodelle	866
		(1) Bilanzierung nach HGB	866
		(2) Bilanzierung nach IFRS	867
		bb) Kapitalbeteiligungen	868
		(1) Bilanzierung nach HGB	868
		(2) Bilanzierung nach IFRS	869
	6.	Weitere relevante Themen	870
		a) Allgemeine Geschäftsbedingungen bei Mitarbeiterbeteiligungen .	870
		aa) Gesellschaftsrechtliche Beteiligungsfor <mark>m</mark> en	870
		bb) Schuldrechtliche Beteiligungen	871
		b) Prospektpflichten	871
		aa) Prospekt-VO und Wertpapierprospektgesetz	872
		(1) Bestehen einer Prospektpflicht	872
		(2) Ausnahmen von der Prospektpflicht	873
		(3) Erleichterungen der Prospektpflicht	875
		bb) Pflichten nach dem Vermögensanlagengesetz	875
		cc) Pflichten nach dem KAGB	876
II.	Be	steuerung von Mitarbeiterbeteiligungen	876
		Lohnsteuer auf Mitarbeiterbeteiligungen	876
	2.	Besteuerung von Erfolgsbeteiligungen	877
		a) Zahlungsverpflichtung des Arbeitgebers	877
		b) Zahlungsverpflichtung Dritter	878
		c) Sozialversicherungspflicht	878
		d) Steuerlicher Betriebsausgabenabzug	878
		aa) Verdeckte Gewinnausschüttung	879
		bb) Verdeckte Einlage bei Drittvergütung	880
		e) Zufluss: Sonderfälle bei Erfolgsbeteiligungen	880
		aa) Fälligkeit von Ansprüchen und Verfügungsbeschränkungen .	881
		bb) Stundung oder Darlehen: Voraussetzungen einer	
		Novation	881
	3.	Besteuerung von Kapitalbeteiligungen im Allgemeinen	882
		a) Abgrenzung der Einkünfte aus Kapitalvermögen von den	
		Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit	882

b) Besteuerung beim Arbeitnehmer	883
aa) Besteuerung bei Erwerb der Mitarbeiterkapitalbeteiligung	884
(1) Maßgeblicher Bewertungszeitpunkt	885
(2) Relevanz von Verfügungsbeschränkungen	887
bb) Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums an einer	
Mitarbeiterkapitalbeteiligung	887
(1) Wirtschaftliches Eigentum an Kapitalinstrumenten	888
(a) Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	888
(b) Erwerbsoptionen	889
(c) Wirtschaftliches Eigentum bei indirekten	
Beteiligungen, § 39 Abs. 2 AO	890
(2) § 39 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 AO	890
(3) § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO	890
cc) Überlagerung der Kapitalüberlassung durch das	
Arbeitsverhältnis	891
(1) Konkurrenz zwischen Einkünften aus Kapitalvermögen	
und Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit	891
(2) Relevante Abgrenzungsindizien	892
dd) Abzug von Werbungskosten im Zusammenhang mit	
Mitarbeiterbeteiligungen	893
(1) Verluste aus Gesellschaftsanteilen	894
(2) Verluste aus Gesellschafterdarlehen und Bürgschaften	894
c) Besteuerung beim Arbeitgeber oder anderen	
Zahlungsverpflichteten	894
4. Steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	895
a) Förderung nach dem 5. VermBG	896
aa) Historie der Vermögensbeteiligungsgesetze	896
bb) Begünstigte	898
cc) Begünstigte Anlageformen	898
(1) Sparvertrag über Wertpapiere oder andere	
Vermögensbeteiligungen, §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 4	
5. VermBG	898
(a) Sperrfrist	899
(b) Katalog begünstigter Wertpapiere	899
(2) Wertpapier-Kaufvertrag mit dem Arbeitgeber gemäß §§ 2	
Abs. 1 Nr. 2, 5 5. VermBG	900
(a) Beteiligungs-Vertrag und Beteiligungs-Kaufvertrag mit	
dem Arbeitgeber oder mit fremden Unternehmen,	
§§ 2 Abs. 1 Nr. 3, 6, 7 5. VermBG	900
(b) Verträge nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	
(Wohnraumförderung) gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 4 5.	
VermBG	901
(c) Anlagen zum Wohnungsbau, § 2 Abs. 1 Nr. 5 5.	
VermBG	901
(d) Geldsparvertrag gemäß §§ 2 Abs. 1 Nr. 6, 8 5.	
VermBG	902
(e) Kapitalversicherungsvertrag gemäß §§ 2 Abs. 1 Nr. 7,	
9 5. VermBG	902
(f) Forderungen aus Genossenschaftsmitgliedschaften und	
GmbH-Beteiligungen nach Kündigung gemäß § 2	
Abs. 1 Nr. 8 5. VermBG	902
dd) Insolvenzschutz, § 2 Abs. 5a 5. VermBG	902
ee) Vermögenswirksame Leistungen	903

ff) Arbeitnehmer-Sparzulage
gg) Verfahrensregelungen
b) Steuerfreibetrag gemäß § 3 Nr. 39 EStG
aa) Begünstigte Personen
bb) Begünstigte Vermögensbeteiligungen
cc) Bewertung
dd) Rechtsfolge: Steuerfreier Sachbezug in Höhe von
1.440 EUR
c) Steuerstundung gemäß § 19a EStG nF
5. Verfahrensrechtliche Fragen zur Klärung der Lohnsteuerpflicht von
Mitarbeiterbeteiligungen
a) Klärungsbedürftige Sachverhalte
b) Lohnsteueranrufungsauskunft
c) Einspruchsverfahren
d) Betriebsprüfungen
e) Angaben zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung in der
Lohnsteueranmeldung und Einkommensteuererklärung
I. Gestaltung von Mitarbeiterbeteiligungen und Besteuerung im
Einzelfall
1. Variable Vergütungsbestandteile
a) Gesetzliche Leitlinien und Grenzen für variable
Vergütungsbestandteile
aa) Phantom Shares als Genussrechte?
bb) Die Mannesmann-Entscheidung
cc) Rechtsfolgen bei Verstößen
b) Tantiemen, Short Term Incentives und Boni
c) Long Term Incentive Plans
aa) Phantom Shares
bb) Virtuelle Optionen/Stock Appreciation Rights
cc) Exit Boni dd) Gewinnbeteiligungen, Bonus Banks uÄ
2. Fremdkapitalinstrumente
a) Formen der Fremdkapitalbeteiligung für Mitarbeiter
b) Regulatorische Anforderungen
c) Besteuerung beim Arbeitnehmer
aa) Zufluss bei Kapitalisierung
bb) Ausnahme von der Abgeltungsteuer bei nahestehenden
Personen
cc) Zinszahlungen als Einkünfte aus nichtselbstständiger
Tätigkeit
dd) Forderungsausfall
3. Mezzanine Kapitalinstrumente
a) Stille Gesellschaft
aa) Typische und atypische stille Gesellschaft
bb) Mezzanine Ausgestaltung
cc) Besteuerung
(1) Steuerliche Abgrenzung von atypischer und typischer
stiller Gesellschaft
(2) Besteuerung der atypisch stillen Gesellschaft
(3) Besteuerung der typisch stillen Gesellschaft
b) Genussrechte
aa) Ausgestaltung des Genussrechtsvertrags
bb) Abgrenzung zu anderen Beteiligungsformen

cc) Bilanzierung von Genussrechten bei der emittierenden	
Körperschaft	
(1) Abgrenzung von Eigenkapital zu Fremdkapital	
(2) Besteuerung beim Emittenten	
(a) Kapitalgesellschaft als Emittent	
(b) Personengesellschaft als Emittent	
dd) Besteuerung beim Genussrechtsinhaber	
4. Optionen und Wandelanleihen	
a) Aktienoptionen bzw. Stock Options	
aa) Vertragsinhalt	
bb) Verfahren und Zuständigkeiten	
cc) Einzelheiten zur Mittelbereitstellung	
(1) Bedingtes Kapital	
(2) Genehmigtes Kapital	
(3) Erwerb eigener Aktien	
(a) § 71 Abs. 1 Nr. 2 AktG	
(b) § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG	
(c) Gegenüberstellung der Ermächtigungsnormen	
dd) Ausgabe von Aktienoptionen an die Mitarbeiter	
ee) Übertragbarkeit	
ff) Sonstiges	
b) Optionen auf GmbH-Anteile	
aa) Abschluss einer Optionsvereinbarung mit dem Mitarbeiter	
bb) Form der Optionsvereinbarung	
cc) Ausgestaltung der Optionen	
dd) Einzelheiten zur Mittelbereitstellung	
(1) Durchführung einer regulären Kapitalerhöhung	
(2) Kapitalerhöhung auf Grundlage eines genehmigten	
Kapitals	
(3) Erwerb eigener Anteile	
(4) Erwerb der Anteile von einem Dritten	
c) Steuerliche Behandlung der Optionen	
aa) Steuerliche Behandlung beim Arbeitnehmer	
bb) Bewertung des geldwerten Vorteils	
d) Options- und Wandelanleihen	
aa) Ausgestaltung von Wandel- und Optionsanleihen	
bb) Steuerliche Behandlung beim Arbeitnehmer	
5. Eigenkapitalbeteiligungen	
a) Direktbeteiligungen	
aa) Mitarbeiteraktien	
(1) Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung	
(a) Reguläre Kapitalerhöhung	
(b) Schaffung eines genehmigten Kapitals	
(c) Schaffung eines bedingten Kapitals	
(d) Übertragung eigener Aktien	
(2) Ausgestaltung der Ausgabekonditionen	
(3) Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
(4) Steuerliche Behandlung	
bb) GmbH-Geschäftsanteile	
(1) Modifikation der Gesellschafterrechte	
(2) Begrenzung des Gewinnbezugsrechts	
(4) Begrenzung der Übertragbarkeit	
(A) Degrenzing der i Derfragnarkeit	

(5) Sonstige Erfordernisse	951
(6) Steuerliche Behandlung	951
cc) Personengesellschaftsanteile	951
dd) Restricted Stock Units, Restricted Shares und Performance	
Shares	952
b) Indirekte Beteiligungen	952
aa) Beteiligung über Personengesellschaften	952
(1) Kommanditgesellschaft	953
(a) Gründung	953
(b) Wesentlicher Inhalt des Gesellschaftsvertrags	954
(c) Erwerb der Beteiligung an der Arbeitgebergesellschaft durch die Kommanditgesellschaft	954
(d) Gesellschafter- oder Co-Investmentvereinbarung	955
(e) Beteiligung weiterer Mitarbeiter an der	755
Kommanditgesellschaft	955
(f) Steuerliche Behandlung	955
(2) Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	957
(a) Gründung	957
(b) Wesentlicher Inhalt des Gesellschaftsvertrags	958
(c) Erwerb der Beteiligung an der Arbeitgebergesell-	
schaft	959
(d) Beteiligung weiterer Mitarbeiter an der Kommandit-	
gesellschaft	959
(e) Steuerliche Behandlung	959
bb) Treuhand	959
(1) Vor- und Nachteile der Treuhand als	
Mitarbeiterbeteiligungsstruktur	960
(2) Begründung des Treuhandverhältnisses	960
(a) Arten der Treuhand	960
(b) Formerfordernisse	961
(c) Gesellschaftsrechtliche Vorgaben	962 962
(3) Rechtsbeziehungen innerhalb des Treuhandverhältnisses (4) Beendigung des Treuhandverhältnisses	964
(5) Steuerliche Anerkennung der Treuhand	964
cc) Unterbeteiligung	966
(1) Vor- und Nachteile der Unterbeteiligung als	700
Mitarbeiterbeteiligungsstruktur	966
(2) Begründung einer Unterbeteiligung	966
(a) Arten der Unterbeteiligung	967
(b) Form	968
(c) Gesellschaftsrechtliche Vorgaben	968
(3) Rechtsbeziehungen innerhalb der Unterbeteiligung	969
(4) Beendigung der Unterbeteiligung	970
(5) Abgrenzung zu anderen Beteiligungsformen	970
(a) Stille Gesellschaft	970
(b) Treuhand	970
(c) Partiarisches Darlehen	971
(6) Steuerliche Behandlung der Unterbeteiligung	971
(a) Besteuerung der typischen Unterbeteiligung	971
(b) Besteuerung der atypischen Unterbeteiligung	972
c) Exkurs: Transparenzregister	974
aa) Mitteilungspflicht	974
bb) Angabepflicht	975

Interna	tionale Arbeitnehmerbesteuerung
I. Ü	Jberblick und Allgemeines
	Vationaler Anknüpfungspunkt
	. Unbeschränkte Steuerpflicht mit Auslandsbezug
	2. Beschränkte Steuerpflicht mit Inlandsbezug
	a) Sachliche Steuerpflicht, § 49 EStG
	aa) Laufende Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit
	bb) Einkünfte von Arbeitnehmern im Ruhestand
	b) Antragsmöglichkeit zur unbeschränkten Steuerpflicht
	c) Zuständigkeit
	d) Steuererhebung
	aa) Grundfall Abgeltungswirkung, § 50 Abs. 2 EStG
	bb) Veranlagungsverfahren, § 50 Abs. 1 EStG
	cc) Steuererlass, Steuerpauschalierung, § 50 Abs. 4 EStG
	e) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht, § 2 AStG
	f) Rechte und Pflichten beschränkt steuerpflichtiger Arbeitnehmer .
	aa) Allgemeine Mitwirkungspflicht
	bb) Erweiterte Mitwirkungspflicht
	cc) Besondere Mitwirkungspflicht
	dd) Rechte des beschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmers
3	6. Wegzug ins Ausland/Zuzug aus dem Ausland
	bkommensrechtliche Verteilung von Besteuerungsrechten
	Einführung in das Doppelbesteuerungsrecht
	a) Bestandteile
	b) Gliederung
	c) Begriffsbestimmung
	d) Persönlicher und Sachlicher Anwendungsbereich
	e) Bestimmung der Ansässigkeit
	e) Bestimmung der Ansässigkeit
2	2. Besteuerungsrechtszuweisung bei Arbeitnehmereinkünften
	a) Grundsatz und Anwendungsreihenfolge
	b) Art. 15 Abs. 1 S. 2 OECD-MA 2017: Tätigkeitsprinzip
	c) Art. 15 Abs. 2 Buchst. a OECD-MA 2017: 183-Tage-
	Regelung
	d) Art. 15 Abs. 2 Buchst. b OECD-MA 2017: Kein Sitz des
	Arbeitgebers im Tätigkeitsstaat
	aa) Arbeitgeber mit Ansässigkeit im Tätigkeitsstaat
	bb) Wirtschaftliche Arbeitgeber
	cc) Personengesellschaft als Arbeitgeber
	dd) Vereinfachungsregelung
	ee) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung
	e) Art. 15 Abs. 2 Buchst. c OECD-MA 2017: Keine Belastung einer
	Betriebsstätte im Tätigkeitsstaat mit dem Arbeitslohn
2	6. Art. 15 Abs. 3 OECD-MA 2017: Sonderregelung für See- und
	Luftfahrt
4	Grenzgänger
	5. Einkünfte von Geschäftsführungsorganen
	5. Sportler und Künstler
	7. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst
	B. Ruhegehälter
	C U iihagahaltar

9. Einkünfte von Studenten und Auszubildenden	1032
10. Dreiecksachverhalte	1032
11. Bestandteile und Aufteilung des Arbeitslohns in besonderen Fällen .	1035
IV. Vermeidung der Doppelbesteuerung	1037
1. Freistellungsmethode, Art. 23A OECD-MA 2017	1037
a) Progressionsvorbehalt, § 32b EStG	1038
b) Rückfallklauseln im DBA	1039
aa) subject-to-tax-Klausel	1040
bb) switch-over-Klausel	1042
cc) remittance-base-Klausel	1044
c) Rückfallklauseln im nationalen Recht	1044 1046
aa) Treaty-override für Arbeitnehmer, § 50d Abs. 8 EStG bb) Qualifikationskonflikte und beschränkte Steuerpflicht, § 50d	1040
Abs. 9 EStG	1048
cc) Treaty-Override für Abfindungen, § 50d Abs. 12 EStG	1051
2. Anrechnungsmethode, Art. 23B OECD-MA 2017	1053
a) Anrechnung der ausländischen Steuern, § 34c Abs. 1 EStG	1055
b) Wahlrecht zum Steuerabzug, § 34c Abs. 2 EStG	1057
c) Steuerabzug bei fehlender Anrechenbarkeit, § 34c Abs. 3 EStG	1057
d) Pauschalierung und Steuererlass, § 34c Abs. 5 EStG	1058
3. Auslandstätigkeitserlass (ATE)	1059
4. Sonderregelungen in aktuellen Krisenzeiten	1060
V. DBA-Anwendung	1061
1. Belgien	1065
a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Belgien	1065
b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Belgien	1066
c) Grenzgängerregelung	1066
d) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	
Belgien	1066
e) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Belgien	1067
f) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Belgien	1067
g) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Belgien	1069
h) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 DBA-Belgien	1069
i) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 2 DBA-Belgien	1070
2. China	1070
a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-China	1071
b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-China	1072
c) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	40-0
China	1072
d) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-China	1072
e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-China	1073
f) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-China	1073 1074
g) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 und 2 DBA-China	1074
i) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 28	1074
DBA-China	1074
3. Dänemark	1074
a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Dänemark	1075
b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Dänemark	1075
c) Grenzgänger/gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung	1077
d) Geschäftsführungsorgane, Art. 16 DBA-Dänemark	1077
e) Künstler und Sportler, Art. 17 Abs. 1 DBA-Dänemark	1078
f) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Dänemark	1078

g) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Dänemark	1079
h) Studenten und Auszubildende, Art. 20 DBA-Dänemark	1079
4. Frankreich	1080
a) Grundtatbestand, Art. 13 Abs. 1 und 4 DBA-Frankreich	1080
b) Bordpersonal, Art. 13 Abs. 2 DBA-Frankreich	1081
c) Grenzgängerregelung, Art. 13 Abs. 5 DBA-Frankreich	1081
d) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Art. 13 Abs. 6 DBA-	
Frankreich	1084
e) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer	1084
aa) Aufsichtsratsvergütungen, Art. 11 DBA-Frankreich	1084
bb) Geschäftsführung, Art. 13 Abs. 7 DBA-Frankreich	1085
f) Künstler und Sportler, Art. 13b DBA-Frankreich	1085
g) Öffentlicher Dienst, Art. 14 DBA-Frankreich	1085
h) Ruhegehälter, Art. 13 Abs. 8 DBA-Frankreich	1086
i) Lehrtätigkeit, Art. 16 DBA-Frankreich	1087
j) Studenten und Auszubildende	1087
aa) Studenten und Auszubildende, Art. 17 DBA-Frankreich	1087
bb) Studenten in praktischer Ausbildung, Art. 13 Abs. 3 DBA-	
Frankreich	1088
5. Großbritannien	1088
a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-Großbritannien	1088
b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 3 DBA-Großbritannien	1089
c) Geschäftsführungsorgane, Art. 15 DBA-Großbritannien	1089
d) Künstler und Sportler, Art. 16 Abs. 1 DBA-Großbritannien	1090
e) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Großbritannien	1090
f) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Großbritannien	1091
g) Lehrtätigkeit, Art. 19 Abs. 1 DBA-Großbritannien	1091
h) Studenten und Auszubildende, Art. 19 Abs. 2 DBA-	
Großbritannien	1092
6. Italien	1092
a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Italien	1092
b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Italien	1092
c) Geschäftsführungsorgane, Art. 16 DBA-Italien	1093
d) Künstler und Sportler, Art. 17 Abs. 1 DBA-Italien	1093
e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Italien	1094
f) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Italien	1095
g) Lehrtätigkeit, Art. 21 DBA-Italien	1095
h) Studenten und Auszubildende, Art. 21 DBA-Italien	1095
7. Japan	1096
a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-Japan	1096
b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 3 DBA-Japan	1096
c) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 15 DBA-	
Japan	1096
d) Künstler und Sportler, Art. 16 DBA-Japan	1097
e) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Japan	1097
f) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Japan	1097
g) Studenten und Auszubildende, Art. 19 DBA-Japan	1097
h) DBA-Rückfallklauseln, Art. 22 DBA-Japan und Protokoll zum	
DBA-Japan	1097
i) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 27	
DBA-Japan	1098
8. Luxemburg	1099

	b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 4 DBA-Luxemburg	1100
	c) Grenzgängerregelung	1101
	d) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Art. 14 Abs. 3 DBA-	
	Luxemburg	1102
	e) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 15 DBA-	1100
	Luxemburg	1102 1102
	g) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Luxemburg	1102
	h) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Luxemburg	1103
	i) Lehrtätigkeit, Art. 19 Abs. 1 DBA-Luxemburg	1105
	j) Studenten und Auszubildende, Art. 19 Abs. 2 DBA-Luxemburg .	1106
9.	Neuseeland	1106
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Neuseeland	1106
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Neuseeland	1106
	c) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	440-
	Neuseeland	1107
	d) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Neuseeland	1107
	e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Neuseeland	1107 1108
	g) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 und 2 DBA-Neuseeland	1100
	h) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 3 DBA-Neuseeland.	1109
	i) DBA-Rückfallklausel, Art. 23 Abs. 3 DBA-Neuseeland	1109
10.	Niederlande	1110
	a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-Niederlande	1110
	b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 4 DBA-Niederlande	1111
	c) Grenzgängerregelung, Art. 14 Abs. 3 DBA-Niederlande	1112
	d) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 15 DBA-	1110
	Niederlandee) Künstler und Sportler, Art. 16 DBA-Niederlande	1112 1113
	f) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Niederlande	1113
	g) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Niederlande	1114
	h) Lehrtätigkeit, Art. 19 DBA-Niederlande	1115
	i) Studenten und Auszubildende, Art. 20 DBA-Niederlande	1116
	j) Protokoll Nr. XVI (unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag nach	
	§ 1 Abs. 3 EStG)	1116
11.	Norwegen	1117
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Norwegen	1117
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Norwegen	1117 1118
	d) Künstler und Sportler, Art. 17 Abs. 1 DBA-Norwegen	1118
	e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Norwegen	1118
	f) Ruhegehälter, Art. 18 Abs. 1 DBA-Norwegen	1119
	g) Studenten und Auszubildende	1119
12.	Österreich	1119
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Österreich	1119
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 5 DBA-Österreich	1120
	c) Grenzgängerregelung, Art. 15 Abs. 6 DBA-Österreich	1121
	aa) Allgemeinesbb) Grenzzone	1121 1121
	cc) Nichtrückkehrtage	1121
	dd) Besonderheiten beim Lohnsteuerabzug	1125
	d) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Art. 15 Abs. 3 DBA-	-120
	Östəməish	1125

	e) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	1105
	Österreich	1125
	f) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Österreich	1126
	g) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Österreich	1126
	h) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Österreich	1127
	i) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 und 2 DBA-Österreich	1128
	j) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 3 DBA-Österreich	1128
	k) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 27 DBA-Österreich	1129
12		1129
13.	Polen	1129
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 4 DBA-Polen	1130
	c) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Art. 15 Abs. 3 DBA-	1130
	Polen	1130
	d) Aufsichtsratvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	1130
	Polen	1131
	e) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Polen	1132
	f) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Polen	1132
	g) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Polen	1133
	h) Lehrtätigkeit, Art. 20 DBA-Polen	1134
	i) Studenten und Auszubildende, Art. 21 DBA-Polen	1135
14.	Russland	1135
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Russland	1135
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Russland	1135
	c) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	
	Russland	1136
	d) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Russland	1136
	e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Russland	1136
	f) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Russland	1138
	g) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 DBA-Russland	1138
	h) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 2 DBA-Russland	1138
15.	Schweiz	1138
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Schweiz	1139
	b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Schweiz	1140
	c) Grenzgängerregelung, Art. 15a DBA-Schweiz	1141
	d) Aufsichtsratsvergütung und Geschäftsführer	1143
	aa) Geschäftsführer, Art. 15 Abs. 4 DBA-Schweiz	1143
	bb) Aufsichtsratsvergütungen, Art. 16 DBA-Schweiz	1144 1144
	e) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Schweiz f) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Schweiz	1144
	g) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Schweiz	1144
	h) Studenten und Auszubildende, Art. 20 DBA-Schweiz	1146
16	Spanien	1147
10.	a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-Spanien	1147
	b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 3 DBA-Spanien	1147
	c) Geschäftsführungsorgane, Art. 15 DBA-Spanien	1148
	d) Künstler und Sportler, Art. 16 Abs. 1 DBA-Spanien	1148
	e) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Spanien	1149
	f) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Spanien	1149
	g) Lehrtätigkeit, Art. 19 Abs. 1 DBA-Spanien	1150
	h) Studenten und Auszubildende, Art. 19 Abs. 2 DBA-Spanien	1151
17.	Türkei	1151
	a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-Türkei	1151

b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-Türkei	1151
c) Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Protokoll Ziff. 6 zu	
Art. 15 DBA-Türkei	1152
d) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 16 DBA-	
Türkei	1152
e) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-Türkei	1152
f) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-Türkei	1153
g) Ruhegehälter, Art. 18 DBA-Türkei	1153
aa) Besteuerung im Ansässigkeitsstaat	1153
bb) Besteuerung im Quellenstaat	1153
cc) Vermeidung der Doppelbesteuerung	1154
h) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 2 DBA-Türkei	1155
i) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 1 DBA-Türkei	1155
j) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 27	4455
DBA-Türkei	1155
18. USA	1156
a) Grundtatbestand, Art. 15 Abs. 1 und 2 DBA-USA	1156
b) Bordpersonal, Art. 15 Abs. 3 DBA-USA	1157
c) Geschäftsführungsorgane, Art. 19 DBA-USA	1158
d) Künstler und Sportler, Art. 17 DBA-USA	1158
e) Öffentlicher Dienst, Art. 19 DBA-USA	1158
f) Ruhegehälter, Art. 18, 18a DBA-USA	1160
g) Lehrtätigkeit, Art. 20 Abs. 1 DBA-USA	1161
h) Studenten und Auszubildende, Art. 20 Abs. 2 DBA-USA	1161
19. Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	1162
a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-VAE	1163
b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 3 DBA-VAE	1163
c) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 15 DBA-	1164
VAE	1164
d) Künstler und Sportler, Art. 16 DBA-VAE e) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-VAE	1164 1164
f) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-VAE	1165 1165
g) Lehrtätigkeit, Art. 19 Abs. 1 DBA-VAE	1165
i) Vermeidung der Doppelbesteuerung, Art. 22 Abs. 1 DBA-VAE	1166
j) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 26	1100
DBA-VAE	1166
20. Zypern	1166
a) Grundtatbestand, Art. 14 Abs. 1 und 2 DBA-Zypern	1166
b) Bordpersonal, Art. 14 Abs. 4 DBA-Zypern	1166
aa) Grundsätze zur Besteuerung des Bordpersonals	1166
bb) Besteuerung von Bordpersonal nach dem "alten" DBA-	1100
Zypern	1167
cc) Besteuerung von Bordpersonal nach dem "neuen" DBA-	1107
Zypern	1167
dd) Besteuerungsrückfall bei Bordpersonal	1168
c) gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, Art. 14 Abs. 3 DBA-	1100
Zypern	1168
d) Aufsichtsratsvergütungen und Geschäftsführer, Art. 15 DBA-	1100
Zypern	1168
e) Künstler und Sportler, Art. 16 DBA-Zypern	1169
f) Öffentlicher Dienst, Art. 18 DBA-Zypern	1169
g) Ruhegehälter, Art. 17 DBA-Zypern	1170
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	

h) Lehrtätigkeit, Art. 19 Abs. 1 DBA-Zypern	1170
i) Studenten und Auszubildende, Art. 19 Abs. 2 DBA-Zypern	1171
j) Vermeidung der Doppelbesteuerung, Art. 22 Abs. 1 DBA-Zypern k) Antragsgebundene Freistellung vom Lohnsteuerabzug, Art. 26	1171
DBA-Zypern	1172
R. Rechtsschutz	1173
I. Grundlagen	1174
1. Rechtsschutz gegenüber dem Finanzamt	1174
a) Rechtsstreit um lohnsteuerliche Verwaltungsakte	1174
aa) Anfechtungs- und Verpflichtungssituation	1174
bb) Einspruchsverfahren	1174
cc) Klage vor dem Finanzgericht (Anfechtungs- und	
Verpflichtungsklage)	1175
dd) Einstweiliger Rechtsschutz	1176
b) Klagen auf sonstige Leistung	1177
c) Feststellungsklagen	1178
2. Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	1178
II. Rechtsschutz gegen die Festsetzung der Lohnsteuer	1180
1. Statthafte Rechtsbehelfe	1180
2. Anfechtbare Festsetzungen (Lohnsteueranmeldung,	
Lohnsteuerbescheid, Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung)	1180
3. Zulässigkeit und Verfahrensfragen	1182
a) Gegenstand der Anfechtung	1182
b) Anfechtungsbefugnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer	1182
c) Hinzuziehung und Beiladu <mark>n</mark> g	1182
d) Rechtsbehelfsfristen	1183
e) Erledigung und Fortsetzungsfeststellungsklage	1183
4. Begründetheit	1183
5. Vorbehalt der Nachprüfung	1184
III. Rechtsschutz im Lohnsteueranmeldungsverfahren	1185
1. Alternativen zur Anfechtung der Lohnsteuerfestsetzung bei	
überhöhter Lohnsteueranmeldung	1185
a) Überblick	1185
b) Änderung des Lohnsteuerabzugs nach § 41c EStG	1186
c) Änderungsantrag nach § 164 Abs. 2 AO	1186
d) Korrigierte Lohnsteueranmeldung nach §§ 164 Abs. 2, 168 AO .	1187
2. ELStAM	1188
3. Verspätungszuschläge	1189
4. Zwangsmittel nach § 328 AO	1190
IV. Streit um den Einbehalt und die Abführung der Lohnsteuer	1191
1. Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	1191
2. Säumniszuschläge	1192
3. Anordnung abweichender Anmeldungszeiträume	1194
V. Streit um die Lohnsteuerbescheinigung	1194
VI. Rechtsschutzfragen zur Lohnsteueraußenprüfung und	
Lohnsteuernachschau	1196
1. Prüfungsanordnung	1196
2. Prüfungsmaßnahmen	1197
3. Zwangsmittel in der Außenprüfung	1198
4. Schlussbesprechung und Prüfungsbericht	1198
5. Auswertung der Prüfungsergebnisse in Nachforderungs- und	4400
Haftungsbescheiden	1198

VII. Rechtsschutz gegen Lohnsteuerhaftungsbescheide	1199
1. Statthafte Rechtsbehelfe	1199
2. Gegenstand der Anfechtung	1200
3. Zulässigkeit und Verfahrensfragen	1200
4. Begründetheit	1201
5. Regressansprüche des Arbeitgebers	1202
VIII. Rechtsschutzfragen zu verbindlichen Auskünften und Zusagen	1203
1. Lohnsteueranrufungsauskunft	1203
a) Verweigerung der Auskunftserteilung	1204
b) Finanzamt erteilt eine Positivauskunft	1204
c) Finanzamt erteilt eine Negativauskunft	1205
2. Verbindliche Auskunft gem. § 89 Abs. 2 AO	1206
3. Verbindliche Zusage	1206
S. Sozialversicherungsrechtliche Aufgaben und Pflichten des	
Arbeitgebers	1208
Vorwort	1210
I. Grundsätzliches	1210
1. Entstehungsgeschichte	1210
2. Aktueller Stand der Sozialgesetzbücher und Relevanz für die Lohn-	1011
und Gehaltsabrechnung	1211
a) Bedeutung des Sozialgesetzbuchs I	1211
b) Bedeutung des Sozialgesetzbuchs IV	1212
c) Bedeutung der Sozialgesetzbücher III, V, VI	1213
d) Bedeutung des Sozialgesetzbuchs X	1213
e) Bedeutung der weiteren Sozialgesetzbücher	1213
3. Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung	1213
4. Beitragsverpflichtung des Arbeitgebers	1214
a) für versicherungspflichtige Personen	1214
b) für versicherungsberechtigte Personen II. Der Beschäftigtenbegriff 1. Bedeutung	1215
II. Der Beschäftigtenbegriff	1216
	1216
2. Rechtsgrundlagen	1216
a) Legaldefinition in § 7 SGB IV	1216
b) Klammerdefinition in § 2 Abs. 2 SGB IV	1217
c) Benennung in den einzelnen Versicherungssparten	1218
d) Ausnahmen in den einzelnen Versicherungssparten	1218
e) Abgrenzung zur arbeitsrechtlichen Betrachtung	1218
aa) "Unechte" Abweichungen	1218
bb) Echte Abweichungen	1219
f) Abgrenzung zur lohnsteuerrechtlichen Betrachtung	1219
3. Problem Scheinselbstständigkeit	1220
a) Bedeutung in der Praxis	1220
b) Beurteilungsvorgang zur Bestimmung des	
Beschäftigungsverhältnisses	1221
aa) Statusbestimmung ist Abwägungs- und	1001
Einzelfallentscheidung	1221
bb) Stufe 1: Die abzuwägenden Kriterien	1221
cc) Stufe 2: Die Abwägungsentscheidung	1222
dd) Rechtswirklichkeit – so geht die Verwaltung vor	1222
c) Zusammenfassung und Folgen für die betriebliche Praxis	1223
4. GmbH-Geschäftsführer und Gesellschafter	1223
a) Ausgangslage – Paradigmenwechsel seit 2015	1223

b) Der Fremdgeschäftsführer	1224
c) Der Minderheitsgesellschafter-Geschäftsführer	1224
d) Der Mehrheitsgesellschafter-Geschäftsführer	1224
e) Sonderfall GmbH als Komplementärin einer GmbH & Co. KG	1225
f) Der mitarbeitende Gesellschafter	1225
g) Vertrauensschutz und neue Betriebsprüfungspflicht	1226
III. Sonderfälle von Beschäftigungsverhältnissen	1226
1. Die geringfügige Beschäftigung	1226
a) Bedeutung	1226
b) Variante 1: Die geringfügig entlohnte Beschäftigung	1227
aa) Vorausschauende Betrachtung und Anspruchsprinzip	1228
bb) Unschädliche Überschreitungen der Monatsgrenze	1228
cc) Unschädliche Überschreitung der Jahresgrenze	1228
c) Variante 2: Die geringfügig kurzfristige Beschäftigung	1228
aa) Tatbestandsvoraussetzungen und Risikolage	1228
bb) Arbeitgeberübergreifende Zeitgrenzen	1229
cc) Abgrenzung zur Dauerbeschäftigung	1229
dd) Ausschlusstatbestand Berufsmäßigkeit	1230
ee) Ausnahmeregelung ohne Berufsmäßigkeitsprüfung	1230
ff) Ausnahme von der Versicherungsfreiheit geringfügig	
Beschäftigter	1231
2. Sonderregelungen für besondere Personengruppen	1231
a) Auszubildende und Praktikanten	1231
b) Beamte und gleichgestellte Personenkreise	1232
c) Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft	1232
3. Einsatz von Leiharbeitnehmern	1232
a) Folgen von mangelhaften Arbeitnehmerüberlassungsverträgen	1233
b) Haftung bei wirksamen Arbeitnehmerüberlassungsverträgen	1233
4. Sonderregelungen in den einzelnen Versicherungszweigen	1233
a) JAEG-Überschreiterb) Prognoseentscheidung	1233
b) Prognoseentscheidung	1234
c) Zeitpunkt und Korrektur der Prognose	1235
d) Das zu berücksichtigende Arbeitsentgelt	1236
5. Antragsbefreite Beschäftigte	1237
6. Hauptberuflich Selbstständige	1238 1238
7. Werkstudenten	1239
8. Pflegeversicherung folgt der Krankenversicherung 9. Ausnahmeregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	1239
a) Geringfügig Beschäftigte	1239
b) Rentenbezieher	1240
c) Antragsbefreiung zugunsten einer Versorgungseinrichtung	1240
aa) Neues Recht seit 2012	1240
bb) Tatbestandsvoraussetzungen seit der geänderten Rechtslage	1240
cc) Umgang mit der neuen Rechtslage in der Praxis	1241
10. Ausnahmeregelungen in der Arbeitslosenversicherung	1242
a) Geringfügige Beschäftigungen	1242
b) Rentenbezieher	1242
c) Schüler und Studenten	1242
IV. Folgen des Vorliegens von Beschäftigungsverhältnissen	1242
Bestimmung und Aufgabe der Einzugsstellen	1242
2. Meldepflichten	1243
3. Aufzeichnungspflichten	1243
a) Katalog der Aufzeichnungspflichten	1243

1) 77	
b) Konsequenzen der Nichterfüllung	124
c) Bußgeldbewehrung	124
4. Gesamtsozialversicherungsbeitrag	124
5. Abzug des Arbeitnehmeranteils nach § 28g SGB IV	124
a) Rechtsnatur des § 28g SGB IV und seine Ausnahmen	124
b) Praxisrelevante Fallgestaltungen	124
6. Beitragsaufteilung	124
7. Sonderfall Übergangsbereich	124
8. Beitragszuschüsse für versicherungsfreie Beschäftigte	124
a) bei Krankenversicherungsfreiheit	124
b) bei Rentenversicherungsfreiheit	124
c) Sonderfall Pflegeversicherung	124 124
V. Ermittlung des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts	124
Sozialversicherungsrechtliches Entstehungsprinzip Zuflussprinzip bei Einmalzahlungen	125
Z. Zuniussprinzip dei Einmaizaniungen Beitragspflicht und ihre Ausnahmen	125
a) Arbeitsentgeltbegriff nach § 14 SGB IV	125
b) Regel-Ausnahmeprinzip	125
aa) lohnsteuerfreie Bezüge	125
bb) Sachbezüge	125
cc) Einmalzahlungen	125
dd) Beitragsbemessungsgrenzen	125
c) zeitliche Zuordnung des Arbeitsentgelts	125
VI. Abklärungsmöglichkeiten von Zweifelsfragen	125
1. Ausgangslage	125
2. Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV	125
a) Optionales Antragsverfahren	125
b) Obligatorisches Antragsverfahren	125
c) Statusfeststellung anlässlich einer Betriebsprüfung	125
d) Gesetzesänderung zum 1.4.2022	125
3. Wirkung von Statusfeststellungsbescheiden	125
4. Anfrageverfahren nach § 28a SGB IV	125
a) Abgrenzung zum Informations- und Beratungsanspruch	125
b) Verwaltungsakt als Grundvoraussetzung	125
c) Bindungswirkung entfällt, Vertrauensschutz verbleibt	125
5. Statusfeststellungen anlässlich einer Betriebsprüfung	125
6. Exkurs: Vertretungskompetenz des Steuerberaters in	
Sozialversicherungsfragen	126
VII. Einwände gegen rückwirkende Beitragsforderungen	126
1. Ausgangslage	126
2. Vertrauensschutz durch früheren Verwaltungsakt	126
3. Einrede der Verjährung	126
4. Vorgehen gegen Säumniszuschläge	126
5. Vorgehen gegen die sofortige Vollstreckung	126
VIII. ABC des Sozialversicherungsrechts	126
Sachregister	126
-	

1269

